

# Grosser Gemeinderat Winterthur

**Protokoll der 7. Sitzung**  
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2021/2022  
vom 5. Juli 2021

von 16.15 bis 18.20 Uhr

Eulachhalle 1, Winterthur

Vorsitz: M. Sorgo (SP)  
Protokoll: A. Furrer  
Entschuldigt: 7. Sitzung: A. Rellstab (FDP)

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 3./4. Sitzung	
2.	21.14	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2020	<b>F. Helg</b>
3.	21.32	Tätigkeitsbericht 2020 des Datenschutzbeauftragten und Verabschiedung von Ph. Glass	<b>U. Hofer</b>
4.	21.22	Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle	<b>U. Hofer</b>
5.	21.46	Tätigkeitsbericht 2020 der Finanzkontrolle	<b>I. Kuster</b>
6.	21.40 (DSO)	Geschäftsbericht 2020 der Sozialhilfebehörde der Stadt Winterthur	<b>K. Frei</b>
7.	20.124 (DB)	Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Mehrwertausgleich	<b>B. Zäch</b>
8.	21.20 (DFI)	Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2020	<b>Verschiedene</b>
9.	21.48 (DSU)	Kredit von Fr. 1'264 Mio. (inkl. MwSt.) über acht Jahre für den Betrieb des digitalen Parkkartenportals	<b>B. Helbling</b>
10.	21.17 (DSS)	Antrag und Bericht zum Budgetpostulat G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (Die Mitte) und R. Heuberger (FDP) betr. Beibehaltung der Gratisparkplätze für Leitende im Sport	

11. 21.18 (DSS) Antrag und Bericht zum Budgetpostulat A. Zuraikat (Die Mitte), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP) und G. Gisler-Burri (SVP) betr. Budget 2022 – Zielbau Arena: Überdachung Ausseneisfeld und zusätzliche Garderoben
12. 21.3 (DFI) Begründung des Beschlussantrags R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. Behördeninitiative für ein kantonales COVID-19-Hilfspaket für das Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten
13. 21.5 (DFI) Begründung der Motion R. Kappeler (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betr. COVID-19-Hilfspaket für das lokale Gewerbe: Ausrichtung von Mietzins-Beiträgen für gewerbliche Mieten
- 14.\* 21.4 (DTB) Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Geering (CVP/EDU), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biodiversitätskorridore
15. 21.10 (DB) Begründung der Motion R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Huizinga (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. einer ergänzenden Bestimmung in der BZO zu Frei- und Grünflächen
- 16.\* 21.19 (DB) Begründung der Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe
- 17.\* 21.36 (DSS) Begründung des Postulats R. Heuberger (FDP), Ch. Maier (FDP), G. Gisler (SVP), M. Wäckerlin (PP), M. Della Vedova (GLP) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erhöhung Kosteneffizienz und Kundenorientierung von Einkauf und Logistik Winterthur (ELW)
- 18.\* 21.37 (DSS) Begründung des Postulats R. Heuberger (FDP), Ch. Maier (FDP), M. Della Vedova (GLP), A. Zuraikat (die Mitte/EDU), Ch. Hartmann (SVP), M. Wäckerlin (PP) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Weiterentwicklung Einkauf und Logistik Winterthur (ELW) zum städtischen «Kompetenzzentrum Strategischer Einkauf»
- 19.\* 21.39 (DKD) Begründung der Parlamentarischen Initiative U. Glättli (GLP), B. Helbling-Wehrli (SP), M. Bänninger (EVP), Ch. Griesser (Grüne) und R. Hugentobler (AL) betr. Zugangsschranke öffnen - Diversität und Teilhabe ermöglichen
20. 21.38 (DSO) Begründung des Postulats A. Erismann (SP), B. Huizinga (EVP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL) und M. Zehnder (GLP) betr. Arbeit dank Bildung
21. 19.14 (DSO) Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betr. Optionen bei der Jugendhilfe

*\*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Guten Nachmittag. Ich begrüsse Euch zur 7. Sitzung vom Amtsjahr 2021/2022.

## Mitteilungen

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Entschuldigt für heute ist Anna Rellstab (FDP). Davide Pezzotta (SVP) und Stadtrat Nicolas Galladé kommen etwas verspätet.

Ich muss auch heute wieder zwei Personen aus dem Rat verabschieden. Ich beginne mit der Amtsalteren, das ist Katharina Gander (AL), von der Fraktion Grüne/AL. Sie war vom 12. Mai 2014 – 31. Juli 2021 Mitglied des Grossen Gemeinderats. Katharina war vom 30. November 2015 – 31. Juli 2021 Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur. Und ich glaube, Katharina, wie man auf Deinem Facebook-Profil in den letzten Tagen lesen konnte: Dein Abschied aus dem Grossen Gemeinderat wird sehr bedauert und auch ich möchte mich ganz herzlich für Deinen Einsatz bedanken, für Deine Voten und Deine Mitarbeit. Ich wünsche Dir für Deine berufliche und private Zukunft alles Gute.

Du hast Dir dieses Bild ausgesucht, das sei Dir schon heimgeliefert worden, wie ich gehört habe. Ich habe hier vorne aber noch Deine Urkunde und bitte Dich, kurz nach vorne zu kommen. (*Applaus*)

Der zweite, den wir heute aus dem Gemeinderat verabschieden müssen, ist Tobias Brütsch (SVP). Er war vom 18. Juli 2017 – 6. Juli 2021 Mitglied des Grossen Gemeinderats. Vom 28. August 2017 – 14. Mai 2018 war er Mitglied der Bürgerrechtskommission. Vom 14. Mai 2018 – 31. Mai 2021 war er Mitglied der Aufsichtskommission. Und vom 1. Juli 2019 – 2. Dezember 2019 Mitglied der Spezialkommission Ombudsperson. Ich weiss nicht, ob Du auf Social Media bist oder wir einfach nicht befreundet sind, aber die Arbeit eines Gemeinderats ist ja auch nicht dort repräsentiert. Wir waren zusammen in der Aufsichtskommission. Ich habe die Zusammenarbeit mit Dir immer sehr geschätzt und möchte mich auch bei Dir ganz herzlich bedanken für Deine Arbeit für den Grossen Gemeinderat und die Stadt Winterthur.

Und Du wirst ja leider auch der Stadt Winterthur abhanden kommen, deshalb wünsche ich Dir zuerst einmal gutes Zügeln und gutes Einleben. Und nochmals vielen Dank. Du hast Dir dieses Bild ausgesucht, das wird Dir noch geliefert. Aber an dieser Stelle habe ich auch für Dich noch die Urkunde, Du kannst sie gerne abholen kommen. Vielen herzlichen Dank für Deine Arbeit. (*Applaus*)

Die neuen Corona-Massnahmen haben wir letztes Mal bekannt gegeben. Es gilt weiterhin Maskenpflicht, am Platz und wenn man sich im Saal bewegt. Ausgenommen sind die Sprecherinnen und Sprecher, die während dem Halten des Votums ihre Maske ablegen können, wenn sie das möchten.

Auch möchte ich Euch bitte, die Vorstösse am Vorstoss-Tisch unterzeichnen zu gehen. Dabei möchte ich Euch auch darauf hinweisen, dass Ihr heute nur eine Sitzung dafür Zeit habt, deshalb bitte ich Euch, das bis halb sieben gemacht zu haben. Nehmt Euren eigenen Stift mit und schaut, dass es nicht zu viele Leute am Tisch hat.

Und damit ist auch das schon gesagt: Heute ist es ja nur eine Einzelsitzung bis 18.30 Uhr, weil wir nachher noch die Feier zum Einstieg für dieses Ratsjahr nachholen können. Ich freue mich sehr darauf, mit Euch in einem anderen Rahmen nochmals anstossen zu dürfen. Dazu nachher am Schluss noch mehr.

Mir sind weder Fraktionserklärungen noch persönliche Erklärungen bekannt.

## Traktandenliste

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Die Traktandenliste ist soweit bekannt. Gibt es da noch Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir bei der Traktandenliste so weiterfahren wie geplant.

## 14. Traktandum

### **GGR-Nr. 2021.4: Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), A. Geering (CVP/EDU), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Biodiversitätskorridore**

---

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Das Traktandum 14 haben wir an der letzten Sitzung verschoben. Begründung des Postulats betreffend Biodiversitätskorridore. Das Wort hat die Erstpostulantin Annetta Steiner.

**A. Steiner (GLP):** Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz stehen heute auf der Roten Liste. Viele Lebensräume sind auf einen Bruchteil ihrer ursprünglichen Verbreitung zusammengeschrumpft. Die Schweiz steht in Europa mit nur rund 6% Schutzgebiet mit Abstand als Letzte aller Länder da. Der Handlungsbedarf ist riesig.

Nicht nur Personen brauchen Infrastruktur für Vernetzung, sondern auch die Natur muss vernetzt sein. Damit Tiere und Pflanzen überleben können, müssen natürliche Flächen miteinander verbunden sein, damit der nötige Artenaustausch stattfinden kann.

Es ist für die Artenvielfalt lebenswichtig, dass eine minimale Bewegungsfreiheit für die Arten untereinander stattfinden kann – wenn nicht, stirbt die Art aus.

Leider ist dies auch immer mehr in Winterthur der Fall. Dies bei Pflanzen, Insekten, Amphibien, Reptilien, Vögeln oder auch Säugetieren. Und das Artensterben schreitet leider immer weiter voran. So habe ich zum Beispiel in den letzten 3 Jahren den «Neuntöter», der ein ganz spannender, insektenliebender Vogel ist, nicht mehr beobachten können in Winterthur – vorher war er noch ziemlich verbreitet. Es fehlt ihm zunehmend an Gebieten mit genügend grösseren Insekten, welche seine Nahrung bedeuten. Einerseits braucht es in Winterthur mehr solcher Gebiete, aber die Gebiete, die es gibt, müssen auch besser vernetzt werden.

Studiert man die Pläne der verschiedenen Vernetzungsprojekte in der Stadt Winterthur, so erhält man den Eindruck, dass anstelle von vernetzten Biodiversitätsflächen ein eher zufälliger, lokaler Flickenteppich vorherrscht – die blauen Flecken auf dem eingblendeten Bild. Soll die Artenvielfalt ernsthaft gefördert werden – was dringend nötig ist – braucht es nicht nur mehr solcher Flächen, sondern es braucht auch Verbindungen dieser wertvollen Lebensräume über das ganze Stadtgebiet. Geeignet sind primär Gewässer und Waldränder, aber da und dort auch Saumstreifen entlang von Strassen, Schienen und Wegen.

Im Rahmen des Projekts Winterthur 2040 gibt es bereits sehr gute Absichten, innerstädtisch ein Netz aus Freiräumen und Frischluftschneisen festzulegen. Es ist aus Sicht der Grünliberalen jetzt auch wichtig, dass mit diesen Projekten auch Lebensräume für Flora und Fauna verbunden werden. Dafür müssen die Biodiversitätsfachleute der Stadt in diese Grüngürtel-Projekte einbezogen werden.

Auch bei Wildtierkorridoren muss im Rahmen der grossen Umbauten von Autobahn wie auch Eisenbahn im Raum Töss grosse Beachtung geschenkt werden. Dies bietet die einmalige Chance, Lebensräume zwischen dem Rhein bis ins obere Tösstal weiträumig zu vernetzen.

Mit der Überweisung dieses Postulats fordern wir entsprechend einen Bericht, wie zukünftig dem Austausch von Flora und Fauna die nötige Beachtung geschenkt werden kann.

Besten Dank für das Mitüberweisen!

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Gibt es einen Ablehnungsantrag? Mir ist keiner bekannt. In diesem Fall ist es Usus, dass nur die Erstpostulantin oder -motionärin das Geschäft vorstellt. Und ohne Ablehnungsantrag haben Sie diesem Postulat zugestimmt und es überwiesen. Ausser es wäre noch das Wort gewünscht.

## 16. Traktandum

### **GGR-Nr. 2021.19: Begründung der Motion D. Altenbach (SP), R. Diener (Grüne/AL) und A. Gütermann (GLP) betr. Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe**

---

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Begründung der Motion betreffend Sammeln und Recycling von Kunststoffabfällen aus Haushalten und Gewerbe. Das Wort hat der Erstmotionär Dani Altenbach (SP).

**D. Altenbach (SP):** Unser CO<sub>2</sub>-Ausstoss muss sinken. Das haben viele schon seit 1980 gewusst, seit ein paar Jahren weiss es fast die ganze Welt und auch unser Stadtrat. Und wir haben in Form eines behördenverbindlichen Grundsatzbeschlusses «Netto-Null CO<sub>2</sub> bis 2040» beschlossen. Deswegen: Je früher wir konkrete Schritte unternehmen, umso besser.

Die Netto-Null-Strategie, welche wir hier diskutiert haben, sagt ausdrücklich: Die Stadt kann ohne ihre Bevölkerung gar nicht genug machen. Sie muss darum auf das Konsumverhalten der Bevölkerung Einfluss nehmen. Mit dem Plastikrecycling machen wir heute eine erste Tür auf und wir wissen, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer diese Möglichkeit dankbar annehmen werden.

Warum Recycling? Für die Kunststoffherstellung werden inklusive Ölförderung, Energieaufwand für Raffinerie, Verarbeitung und Transport heute weltweit 8% der gesamten Erdölförderung eingesetzt. Die eine Hälfte von diesen 8% haben wir nachher als Plastik in der Hand. Die andere Hälfte wird eben für Transport, Raffinerie etc. verbraucht. Global könnte Plastikrecycling bis zu 8% vom aktuellen Umsatz an Erdöl vermeiden.

In der Schweiz mit ihrem hohen Lebens- und Konsumstandard bzw. Verpackungsstandard wird pro Kopf viel mehr Plastik umgesetzt als in anderen Ländern: Es sind in der Schweiz aktuell 6 x mehr Kunststoff als in den EU-Staaten! Da liegt eine Aufgabe vor uns, wo der CO<sub>2</sub>-Ausstoss in der Schweiz verringert werden muss und kann.

Ökologisch am nachhaltigsten wäre es, Plastik einfach zu vermeiden und komplett aus dem Umlauf zu nehmen. Das hätten wir auch gerne, aber das ist nicht so schnell möglich, z.B. wegen Vorschriften bei Lebensmittelverpackungen. Recycling ist eine kurzfristige Alternative dazu.

In den letzten Jahren sind die technischen Möglichkeiten und das wirtschaftliche Interesse und die technische Innovation grösser geworden, um Kunststoffe zu recyceln. U.a. wegen grossen Anstrengungen im europäischen Ausland.

Bei Migros, Coop und anderen Grossverteilern kann man gratis PET-Getränkeflaschen und PE-Flaschen sammeln und bereits kann man auch erste Shampooflaschen kaufen, die aus Shampooflaschen recycelt wurden.

Im Haushalt gibt es neben diesen zwei Plastikprodukten noch viel mehr Folien, Schalen, Säcke und Behälter. Wenn man das sammelt, dann können die verschiedenen gemischten Kunststoffe anhand ihrer optischen Eigenschaften automatisch sortiert werden. Betriebe in der Schweiz produzieren Granulate, welche hier im Land oder im nahen europäischen Ausland wieder in die Endfabrikation kommen und auf diese Art recycelt werden. Transportwege und Aufwände werden vermieden, sehr viel graue Energie bleibt erhalten.

Andere neue Technologien sind schon patentiert, mit denen alle Kunststoffarten und -gemische recycelt werden können. Das sogenannte Thermolyse-Verfahren wird gegenwärtig in Deutschland dermassen nachgefragt, so dass es noch länger dauern wird, bis man auch in der Schweiz eine solche Anlage bauen kann.

Betriebe des Vereins Schweizer Plastic Recycler (VSPR) haben mit der EMPA Dübendorf ein Zertifizierungssystem entwickelt, mit dem sie nachweisen können, dass der Plastik richtig ver-

wertet wird und nirgends verschwindet oder trotzdem verbrannt wird, so dass die Separatsammlung für die Umwelt wirklich sinnvoll ist. Das AWEL hat das System geprüft und empfiehlt es zur Anwendung. Wir können damit sicher sein, wirklich etwas Gutes für die Umwelt zu tun und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken.

In Vorgesprächen haben wir zur Kenntnis genommen, dass eine Umsetzung dieser Motion für die Entsorgung in Winterthur eine grosse Herausforderung darstellt. Es müssen grosse Mengen gemanagt werden, wie auch ein Versuch in der Stadt Zürich gezeigt hat. Wie die Lösung genau aussieht, da sind wir gespannt auf die Antwort der Stadt. Vielleicht werden in einigen Jahren Plastik und Restmüll abwechselnd alle 2 Wochen abgeholt? Aber das ist wie gesagt nicht Gegenstand der Motion, das im Detail vorzuschreiben. Wir sind uns aber sicher, dass ein guter Weg gefunden werden wird. Immerhin gibt es von Zürich bereits einen positiven Schlussbericht, in dem man nachschauen kann.

Sicher lohnt sich auch eine Informationsinitiative, damit die Einwohner/-innen die kostenlosen Separatsammlungen ausgiebig nutzen.

Um Netto-Null 2040 zu erreichen, müssen wir alle Mittel ausschöpfen. Hier ist eines dieser Mittel, und zwar eines, welches den Steuerhaushalt nicht belasten wird und welches von vielen Menschen erwartet wird. Es wird die Menschen auch sensibilisieren, Abfall und Verpackung zu vermeiden, allein durch das Bild, das sie vor Augen haben werden, wenn sie den Plastik separat sammeln und sie die riesigen Mengen und v.a. Volumina sehen.

Ich danke auch herzlich Reto Diener und Andreas Gütermann, die den Vorstoss mit mir ausgearbeitet hatten und allen, dank denen die Motion heute überwiesen wird!

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Da ist mir ein Ablehnungsantrag der Mitte bekannt. Das Wort hat Andreas Geering für die Begründung.

**A. Geering (Die Mitte/EVP):** Wir stellen den Antrag auf Ablehnung der Überweisung dieser Motion, und zwar aus folgenden Gründen:

Plastik zu Recyclieren macht aus ökologischer Sicht nur dann Sinn, wenn das Sammelgut sortenrein und möglichst unverschmutzt gesammelt wird. Sortenreiner und unverschmutzter Kunststoffabfall fällt vor allem in Industrie und Gewerbe an. Das Bundesamt für Umwelt schreibt dazu: «Dieses Potenzial wird aber erst teilweise ausgeschöpft. Beispielsweise werden erst knapp ein Viertel der PE-Folien aus Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft rezykliert. Es ist primär Pflicht der Branche, ihre Abfallentsorgung im Sinne der Schliessung von Stoffkreisläufen zu optimieren.» Entsprechend erfreut habe ich zur Kenntnis genommen, dass die KVA seit Anfang 2021 (wie die anderen Verbrennungsanlagen im Kanton Zürich) keine solche Materialien aus Industrie, Bau und Gewerbe mehr annimmt. Dies zumindest, wenn die Berichterstattung in dem stadt eigenen Produkt «energie Nr. 2/2021» stimmt.

Beim separaten Sammeln von Haushaltplastik ist dagegen davon auszugehen, dass das Sammelgut stark verschmutzt sein wird und kaum sortenrein anfällt. Man sieht das auch bei den Grünabfällen, wo häufig die Container bei grossen Siedlungen missbraucht werden, um anderen Abfall gratis zu entsorgen. Das Bundesamt für Umwelt dazu: «In der Schweiz gibt es verschiedene Anbieter für gemischte Kunststoffsammlungen aus Privathaushalten und Kleingewerbe auf privater Basis. Bei diesen Sammlungen im selben Sammelstrom [...] kann meist nur rund die Hälfte der Kunststoffe stofflich verwertet werden, [...] Dies ist einerseits der grossen Heterogenität von Kunststoffen und den verschiedensten Zusatzstoffen geschuldet. [...] Andererseits führen Fremdstoffe in der Sammlung und starke Verschmutzung der gesammelten Kunststoffe zu einer Verminderung der verwertbaren Menge und Qualität des Rezyklats. Dies bedingt einen sehr grossen Aufbereitungsaufwand an Energie, Wasser und Chemikalien.» Es kommt dazu, dass Kunststoff bis zum heutigen Tag – da widerspricht meine Information dem, was Dani sagte - nicht in der Schweiz recycelt werden kann, sondern das Sammelgut zu diesem Zweck ins Ausland geführt werden müsste und dann das Granulat zurück, was weite Wege zur Folge hätte. Was mit diesem Plastik in Nachbarstaaten geschieht, ist oft unklar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Plastik aus dem «Empfängerland» weiter exportiert wird und vielleicht gar nie zu Granulat verarbeitet wird, sondern irgendwo in

Asien auf einer Deponie landet und dann so doch ins Meer gelangt. Das ist für das Meer schlechter, als wenn man es bei uns in der KVA verbrennt.

Vor diesem Hintergrund ist der Nutzen des flächendeckenden Sammelns in Winterthur nicht gegeben. Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt deswegen das Postulat ab. Der bessere Weg wäre, wie es Dani Altenbach in der Begründung sagte, den Einsatz von Plastik weiter zu reduzieren, möglichst zu vermeiden und ganz ohne den Plastik auszukommen, gerade wo es um Verpackungen geht. Das kann man aber nicht kommunal angehen, sondern das muss man übergeordnet angehen. Aber das wäre der eigentliche Weg, um den Plastik zu reduzieren. Vielen Dank für die Unterstützung des Ablehnungsantrags.

**R. Diener (Grüne/AL):** Ich mache es kurz. Ich danke dem Erstmotionär für das Vorstellen der Vorlage. Ich ergänze nur 2-3 Sachen dazu und mache noch eine kleine Entgegnung auf das, was Andreas gesagt hat.

Es ist nicht so, dass das Sammelgut weit reisen müsste. Die Aufbereitungsstätten befinden sich im grenznahen Ausland. Die Wege sind nicht wesentlich weiter, als wenn der Abfall in der Schweiz von einem Kanton in den anderen transportiert wird, was ja – das wissen wir alle hier drinnen – gang und gäbe ist.

Und ja, natürlich geht es darum, dass wir versuchen, die Reduktion als erstes ins Auge fassen und natürlich auch probieren müssen, diese konsequent umzusetzen. Es geht auch bei diesen Themen um die Kreislaufwirtschaft, das ist sicher richtig. Aber das lässt sich nicht so einfach machen, das sehen wir auch in der Praxis. Die Materialien, die da eingesetzt werden, sind grundsätzlich hocheffizient eingesetzt, insbesondere im Verpackungsbereich. Die sehr dünnen Folien haben extrem wenig Material, insgesamt gesehen, und es ist nicht so einfach, da mit etwas anderem zu substituieren. Das wissen auch diejenigen, die jetzt gegen diese Motion sind. Deshalb ist es wichtig, dass das, was produziert wird, möglichst effizient wiederverwendet wird. Die Zielsetzung muss natürlich sein, dass man möglichst reine Materialien hat, die man auch wieder hochqualitativ verwerten und wiederaufbereiten kann, im Sinne einer Kreislaufwirtschaft. Auch dort sind wir natürlich noch nicht so weit, wie wir sein sollten, aber es ist sicher nicht richtig, wenn man nur den Verbrennungsweg beschreitet für alle die Materialien, die doch sortenrein wiederaufbereitet werden könnten. Und das sind auch aus dem gesammelten Haushaltabfall ziemlich viele. Insgesamt können gut 50% davon wieder aufbereitet werden. Und von diesen 50%, die man wiederaufbereiten kann, ist der Energieaufwand, den man hineinsteckt, nur halb so gross wie der, wenn man es neu produzieren muss. Also doch ein erheblicher Nutzen, auch im Bereich des CO<sub>2</sub>-Einsatzes und im Bereich des Energie-Einsatzes.

Auch Swiss Recycling, die Dachorganisation dieser ganzen Geschichten, sieht diese Strategie als sinnvoll an, dass man versucht zu recyceln, dass man versucht, die Drehscheibe Kreislaufwirtschaft jetzt in Bewegung und in Gang zu setzen, mit allen Möglichkeiten, die wir einsetzen können. Damit wir gerade bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion schnell und rasch auf die Schiene kommen.

Und vielleicht noch ein Hinweis: In der KVA-Verbrennung entsteht selbstverständlich Energie, das ist gut. Aber es entstehen auch relativ viele Abfälle, Schlacke, die übrig bleibt. Und das ist insgesamt nicht unerheblich, wir wissen auch das: Deponie-Probleme, Probleme mit der Schlackenaufbereitung – das haben wir hier drinnen auch schon vielfach diskutiert. Es ist besser, wenn man die Materialien sorgfältig und präzise in einem chemischen Prozess so aufbereiten kann, dass möglichst wenige Reststoffe entstehen. Und das ist mit den Verfahren, die wir heute kennen, schon ziemlich weitgehend möglich.

Darum bitte ich Sie, hier einen Beitrag zu leisten mit der Unterstützung dieser Motion, damit wir einen Schritt weiterkommen können.

**A. Gütermann (GLP):** Sie wissen ja vermutlich, dass Kunststoffe aus nicht regenerierbarem Erdöl produziert werden und dadurch bei der Verbrennung unweigerlich zusätzliches CO<sub>2</sub> entsteht, welches unser Klima erwärmt. Auch in einer Kehrlichtverbrennungsanlage. Der einzige Unterschied zum direkten Verbrennen von Erdöl ist, dass eine kurzlebige Nutzung als

Kunststoffprodukt stattfindet. Sie wissen ja vermutlich auch, dass dies jeglichen Bemühungen, unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren, diametral entgegenläuft und dies daher in absehbarer Zukunft geändert werden muss. Es ist daher ein Gebot der Stunde, einen möglichst hohen Anteil dieser, mit gigantischem Aufwand hergestellten hochwertigen Kunststoffe wiederzuverwenden statt zu verbrennen. Sowas nennt sich Kreislaufwirtschaft. Übrigens die einzige nachhaltige Wirtschaftsform, da sind sich für einmal sogar die Wissenschaft und die Ökonomen einig. Dass dabei hohe Qualitätsanforderungen gelten müssen, ist selbstverständlich. Genau da setzt auch das Kunststoffrecycling an, das im Gegensatz zum Einsammeln von Karton, welches durch die Stadt nicht kostendeckend betrieben werden kann. Dagegen hängen die Hürden beim Kunststoffrecycling derart tief, dass sie den Boden berühren. Sie sind nämlich kostenlos zu haben, es braucht nur zwei Buchstaben: J und A = Ja. Die Stadt müsste eigentlich nur der Privatwirtschaft, nämlich z.B. Maag Recycling, endlich erlauben, diese Wertstoffe auf Stadtgebiet einzusammeln und eventuell zusätzlich auf einigen der ohnehin schon vorhandenen Sammelstellen ein bisschen Platz zur Verfügung zu stellen, wie man es heute schon z.B. mit den TexAid-Containern macht. TexAid ist ein gewinnorientiertes Privatunternehmen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Kleider durch die Privatwirtschaft gesammelt werden dürfen, Kunststoffe jedoch nicht. Ausserdem bin ich doch etwas erstaunt, dass ausgerechnet jene Kreise, die nicht müde werden, das hohe Lied des freien Unternehmertums zu singen, ihnen hier massiv Knüppel zwischen die Beine werfen – insbesondere aus den Kreisen, die sonst alles den Privaten zuhalten möchten. Den Motionären wird auch vorgeworfen, dass sie nicht ausdrücklich nur Private erwähnen. Aber die Stadt hat von Gesetzes wegen nun einmal das Entsorgungsmonopol, verbieten können wir es ihr also nicht.

Dass in der KVA mit der Verbrennungswärme Fernwärme und Strom erzeugt wird, hilft wenig. Denn mit dem Verbrennen von Erdöl, auch in der Form von Kunststoff, passiert das mit entsprechend viel CO<sub>2</sub> in der Luft. Kommt noch dazu, dass im Sommer keine Fernwärme gebraucht wird und der Sommerstrom in nicht allzu ferner Zukunft keine Abnehmer mehr finden wird, da er im Überfluss vorhanden ist.

Das Sammeln von Kunststoff sei für Privathaushalte unzumutbar und zu teuer, wird behauptet. Dabei ist der 60 Liter-Sack genau gleich teuer, das können also nur Leute behaupten, die noch nie Kunststoff gesammelt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Die grösste Sammelfraktion sind bei uns Joghurt-, Quark- und ähnliche Gebinde. Sie lassen sich bestens ineinanderschieben. Seit wir in der Familie Kunststoff separat entsorgen, haben sich unsere Abfallkosten in etwa halbiert. Und das ewige Lied der Ketchup-verschmierten Verbundfolie? Diese wandern weiterhin in den Winti-Sack.

Kunststoffrecycling funktioniert bereits in rund der Hälfte der Zürcher Gemeinden. Und die liegen wohl nicht alle komplett falsch. Übrigens sind die überwiegend bürgerlich regiert. Die Gegner hier im Saal müssten also zuerst bei den eigenen Leuten schauen, dass sie keinen Blödsinn machen.

Und wie steht es mit der Lieferkette? Erdöl- bzw. Kunststoffvorläufer werden allesamt im fernen Ausland produziert und Milliarden Schweizer Franken fliessen ins Ausland. Wie sicher diese Lieferketten sind, wissen wir spätestens seit Corona und der Blockade im Suez-Kanal. Hochwertiges Kunststoffgranulat, kreislaufwirtschaftlich gewonnen aus Kunststoffabfällen im Inland, ist mehr als angezeigt. Es ist ja nicht so, dass in Zukunft die Kehrichtverbrennung auf Kunststoff komplett verzichten müsste. Auch wenn das neue grosse Kunststoffsortierwerk, das bereits in Olten geplant wird und so hocheffizientes Recycling ermöglichen wird, wird es dort eine nicht-recyclierbare Restfraktion haben, die zu Ballen verpresst und gelagert wird und dann den schweizerischen Kehrichtverbrennungsanlagen zur Verfügung steht. Und zwar dann, wenn Stadtwerk sowohl die Wärme als auch generierte Elektrizität am besten brauchen bzw. vermarkten kann, nämlich im Winter.

Es ist schon etwas seltsam: Nachdem der Rat den Klimanotstand ausgerufen hat, wird der erste schüchterne Anlauf zu Netto Null und der Übergang zur Kreislaufwirtschaft, der zuerst privatwirtschaftlich und auch noch freiwillig zu haben ist, hier im Rat zum Teil vehement abgelehnt. Die Kreislaufwirtschaft mit ihrem nachhaltigen und im Inland generierten Mehrwert wird vom Bund aktiv unterstützt und Unternehmen und Verwaltungen können kostenlose Beratung

bei der Umstellung abholen. Das bisherige lineare Wirtschaftsmodell, bei dem Wertstoffe einfach irgendwo der Erde entnommen werden, mittels fremdbestimmter, unsicherer Lieferkette zu uns gelangen, nur um wenig später achtlos und zum Nachteil von unserer Lebensgrundlage entsorgt zu werden, hat im Lauf des letzten Jahrhunderts nachdrücklich bewiesen, dass es auf Dauer versagen muss. Unter diesen auf veralteten Daten basierenden ungünstigen Annahmen mag kein grosser Nutzen aus Kunststoffrecycling entstehen. Aber immerhin: Die CO<sub>2</sub>-Bilanz ist positiv. Nur selten bis gar nie kann das ein anderer Industriezweig von sich behaupten. Auch stehen die technischen und logistischen Entwicklungen beim Kunststoffrecycling nicht still. Das schon erwähnte neue Sortierwerk in Olten ist bereits in den Startlöchern; Prozessenergie, die in eigenen Fotovoltaikanlagen produziert wird und die Effizienz in der CO<sub>2</sub>-Bilanz wird nochmals deutlich gesteigert. Aber natürlich kann man selbst nachhaltige Innovationen und die Kreislaufwirtschaft so lange wie möglich zu verhindern zu versuchen, zum Nachteil der künftigen Generationen. Daher bitte ich Sie, der Überweisung der Motion zuzustimmen.

**M. Bänninger (EVP):** Grundsätzlich unterstützen wir von der EVP-Fraktion Umweltschutzanliegen und Bestrebungen, das Angebot zu erweitern, so auch das zusätzliche getrennte Sammeln von Plastik.

Bei der vorliegenden Motion erkennen wir aber nicht, in welche Richtung sie wirklich zielt. Die Motionäre wollen eine flächendeckende Plastiksammlung, entweder durch die Stadt selbst ausgeführt oder aber sie übergibt die Hoheit über die Abfallsammlung in Bereich des Plastiksammeln einer dritten Partei.

Die Motion fordert irgendeine Lösung, ohne diese genauer zu prüfen und zu spezifizieren.

Gerade deshalb, weil die Motion so offen formuliert ist, sind wir gegen eine Überweisung.

Aus unserer Sicht wäre das Postulat für uns richtige Form gewesen, was wir auch so den Motionären kommunizierten. Ein Postulat hätten wir unterstützt.

Als EVP werden wir alles daran setzen, in Winterthur das Klimaziel von Netto Null zu erreichen. Wir werden die Klimamassnahmen unterstützen - und wir wissen, dass das viel kosten wird. Wir müssen und wollen das CO<sub>2</sub> reduzieren und zwar schnell und effizient.

Wie können wir mit möglichst kosteneffizienten Massnahmen möglichst viel CO<sub>2</sub> einsparen? Das ist die Frage! Wir haben im Moment Zweifel, dass das Plastikeinsammeln hier Priorität hat.

Es geht uns von der EVP um Prioritäten. Die Stadt hat einen, aus unserer Sicht sehr guten, Klimamassnahmenplan erstellt. Dort sehen wir, wo und wie wir rasch ansetzen müssen und handeln können. Als EVP wollen wir das Geld, Zeit und die Kraft für das einsetzen. Wir halten das Ziel vor Augen: Reduktion vom CO<sub>2</sub>.

Wir wollen jetzt nicht im Blindflug flächendeckende Aufträge erteilen, ohne die Folgekosten für den Gebührenhaushalt oder allenfalls im Rahmen von einer Anschubfinanzierung für den Finanzhaushalt zu kennen. Wir wollen keine zusätzliche Flotte von Sammelfahrzeugen, die die Stadt über die Gebühren finanziert, die schlussendlich von der Bevölkerung berappt werden müssen.

Wie gesagt: Wir hätten einen definierten Umsetzungsvorschlag im Rahmen einer Motion begrüsst oder einen Auftrag zur Varianten- und Kostenabklärung in Form eines Postulates mitunterstützt.

Wir sehen durchaus Potenzial in der Plastikverwertung! Die Migros macht hier zum Beispiel grosse Schritte vorwärts: Plastikflaschen aller Art kann man schon lange zurückgeben. Jetzt gibt es auch Sammelsäcke für das Plastiksammeln. Die Migros hat in Winterthur ein sehr gutes Filialnetz. Vorteil davon ist, dass man nicht ins Auto sitzen muss, um den Sammelsack vorbeizubringen. Ein wichtiger Punkt für uns als EVP.

Sollte die Motion trotzdem überwiesen werden, erhoffen wir uns, dass der Stadtrat den Vorstoss kostengünstig umsetzt und allenfalls erfahrenen Drittanbietern die Möglichkeit gibt, die Plastiksammlung in Winterthur zu übernehmen.

**R. Heuberger (FDP):** Auf das Referat von Andreas Gütermann könnte ich ein mindestens stundenlanges Kontrareferat halten. Ich mache das aber nicht, denn ich möchte mich eigentlich an das Gentlemansagreement der GLP, das sie portiert haben, halten. Eines vorweg: Ich bin beruflich in der Kreislaufwirtschaft tätig.

Ihr meint, dass Ihr Euch für die Umwelt engagiert, aber genau das Gegenteil ist der Fall. Dass Kunststoffe gesammelt und wieder in den Materialkreislauf zurückgeführt werden, begrüßen grundsätzlich sicher alle. Und es wurde schon gesagt: Viel sinnvoller wäre es, die Produzenten würden ökologischere, kunststofffreie Kleider, Verpackungen etc. anbieten und wir als Konsumenten würden unsere Verantwortung wahrnehmen und möglichst viel Druck aufsetzen, dass Kunststoffe nur dort eingesetzt werden, wo es wirklich dringend nötig ist. Denn der effizienteste Umweltschutz fängt bei der Vermeidung an, und nicht erst beim Recycling.

Wenn man wie Ihr einen Vorstoss damit begründet, dass er ökologisch sein soll, muss man eine Gesamtbetrachtung anstellen. Kunststoffabfälle gemischt zu sammeln macht gemäss diversen Studien im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt ökologisch erst dann Sinn, wenn mindestens 70% der gesammelten Kunststoffe der Wiederverwertung zugeführt werden können. Und meine Damen und Herren von links-grün, die Ihr jetzt argumentiert habt: Wir sind weit weg von 70%. Wir sind erst bei rund 30%, die jetzt mit Sammelsäcken gesammelt werden. Und wir sind ungefähr bei 50%, wenn man die jetzt schon bestehende, funktionierende PET-Recycling-Sammlung dazunimmt.

Was auch schon gesagt, aber negiert wurde, ist, dass die KVA Winterthur sehr effizient ist und die Abwärme zur Energieproduktion und als Fernwärme genutzt wird. Damit reduziert sich das theoretische CO<sub>2</sub>-Einsparungspotential nochmals enorm.

Ökologisch ist das Sammeln von Kunststoffen in einer Gesamtbetrachtung nicht sinnvoll. Und weil Dani auf die Vereinbarung mit dem AWEL zu sprechen kam: Ja, das ist eine politische Vereinbarung – aber es ist nicht eine ökologische Vereinbarung. Und ich erlaube mir, da einen, der in der Schweiz der «Abfall-Papst» genannt wird, zu zitieren, nämlich Professor Rainer Bunge, Professor für Umwelt und Verfahrenstechnik und Träger des Umweltpreises 2005. Er sagt in einem topaktuellen Fernseh-Interview: «Wenn wir alle Kunststoffe in einen Sack werfen (wie Ihr es jetzt plant), kommt dabei nichts Gutes raus.». Er bestätigt in diesem Interview, dass der aktuell in Winterthur praktizierte Weg der ökologischste ist.

Eine clevere Lösung wäre, die Kunststoffe in zwei Säcken zu sammeln. In einem Sack die Kunststoffe, welche gut recycelbar sind, wie z.B. PET, das wir bereits sehr erfolgreich sammeln. Oder um es einfach für die Konsumenten und Parlamentarier zu sagen: In einem Sack sammeln wir alle Plastikobjekte mit einem Deckel drauf (PET, Polyethylen, Polypropylen). Im anderen Sack sammeln wir alle anderen Kunststoffe, die nicht sortenrein getrennt und deshalb auch nicht recycelt werden können, weil sie z.B. verklebt oder dreckig sind und somit nicht sortenrein werden können. Auf diesem Sack steht dann «Verbrennung» darauf und das Material geht z.B. direkt in die Zementindustrie und wird dort als Substitut für Kohle verwendet. Oder wir schmeissen es wie bis anhin in den Winterthurer Kehrichtsack. Dann trägt es sehr effizient und effektiv zur Gewinnung von Fernwärme und Strom bei. Oder um es noch einfacher zu sagen: Wir gehen den bisherigen Weg der Stadt Winterthur weiter, und schmeissen den Kunststoff weiterhin in den normalen Abfallsack.

Oder noch anders gesagt: Kunststoffe wirklich ökologisch zu sammeln heisst eben Klasse statt Masse. Was Ihr aber propagiert, ist genau das Gegenteil. Statt der Druck auf der Wirtschaft bestehen bleiben zu lassen, Kunststoffe weniger und nur so oft wie nötig einzusetzen, verschafft Ihr den Konsumenten ein gutes Gefühl, dass nämlich der Kunststoff verwertet würde (was aber de facto nicht stimmt) und alles bleibt beim Alten – ausser, dass mehr Kunststoffe mit grossem ökologischem und finanziellem Aufwand gesammelt und dann eben doch der Verbrennung zugeführt werden.

Die Sammelkosten von Kunststoffsammlensäcken liegen übrigens rund 4 x höher, wie Fachexperten jetzt schätzen. Und deshalb ist die Aussage, die Kunststoffsammlung sei eine kosteneffiziente Sache, völlig falsch. Und, Dani Altenbach, den Steuerhaushalt belaste es nicht: Ja, aber den Gebührenhaushalt. Und der Steuerhaushalt macht heute schon nur ca. 4% des gesamten Budgets der Stadt Winterthur aus. Und, lieber Dani, Gebühren treffen Familien mit kleinerem Einkommen viel mehr als Steuern. Was Du machst, ist eigentlich überhaupt kein

SP-Anliegen, nämlich das alles auf die Gebühren abzuwälzen. Und wie gesagt: Gratis ist es nicht zu haben.

Zusammengefasst: Ökologisch sinnvoll ist eine Separatsammlung nicht. Wenn dieser Vorstoss heute Abend durchkommen sollte, bitte ich dringend darum, dass ein Weg angegangen wird, bei dem der Sammelsack nicht auf einer Tour eingesammelt wird, sondern irgendwo zurückgegeben werden kann. Wie man es heute, wie Michi Bänninger es sagte, schon bei der Migros machen kann. Wenigstens wäre es dann ein bisschen sinnvoller. Denn was man jetzt macht mit dem Sammelsack: Man investiert Transportenergie, Sortierungsenergie, Reinigungswasser, die logistische Verteilung der Kunststoffe – und alles zusammen ist im Gesamten weniger ökologisch - und da kann man rechnen wie man will, lieber Andreas – als das, was wir heute machen. Nämlich den Grossteil dieser Kunststoffe in der KVA verbrennen. Nur ein Beispiel: Du sagtest, Dein Joghurtbecherli würdest Du jetzt mit der Kunststoffsammlung entsorgen. Wenn man nur einen Viertel des Joghurtbecherlis mit Wasser füllt, um es zu reinigen, dann braucht man schon 4 x so viel Energie wie man einspart, wenn man das Kunststoffbecherli ins Abfallrecycling gibt.

Darum handelt bitte ökologisch und lehnt diese Motion heute Abend ab. Auch deshalb, weil es auf Bundesebene jetzt bereits grosse Engagements gibt, um eben in der Kunststoffsammlung weiterzukommen, um diese Prozesse effizienter zu gestalten. Da braucht es jetzt nicht eine Einzelaktion der Stadt Winterthur und keinen Riesenaufwand, den man in der Verwaltung betreibt, weil es nachher anders gelöst werden soll.

**Ch. Hartmann (SVP):** Ich fürchte, ich werde im heutigen Wettbewerb um das längste Referat nicht vorne mit dabei sein. Aber was spricht denn schon gegen Plastikrecycling? Neben dem, dass zwar der Motionär Andreas Gütermann vorhin gesagt hat, dass Plastikrecycling nicht viel bringt. Zum Beispiel die Ergebnisse von einem sechsmonatigen Versuch in der Stadt Zürich von letztem Jahr: Der Auswertungsbericht, durch ein externes Umweltbüro erstellt, erwähnt ziemlich am Anfang, dass «aufgrund der hohen Energieeffizienz des Kehrreichtheizkraftwerkes Hagenholz der Umweltnutzen als relativ gering oder gar nicht vorhanden» angeschaut werden kann. Der Bericht empfiehlt dann das Plastikrecycling natürlich trotzdem, er will ja schliesslich den Auftraggeber nicht enttäuschen. Der negative Impact auf das Kehrreichtheizkraftwerk wird dann konsequenterweise auch nicht weiter vertieft.

Auch prozessuale Überlegungen sprechen gegen das Plastikrecycling. So wäre eine automatische Sortierung der Abfälle wohl bei diesen Mengen zwingende Voraussetzung für einen solchen Prozess. So eine Anlage in der Schweiz gibt es noch gar nicht, es ist eine geplant. Da werden wir sehen.

In Zürich hat man übrigens mit aufwändigem manuellem Sortieren eine Wiederverwertungsquote von gerade mal 23% erreicht, der Rest wurde dann trotzdem in Wärme umgewandelt. Die technische Entwicklung ist noch lange nicht am Ende. Die Universität Konstanz hat z.B. ein Verfahren entwickelt, bei dem nicht die Plastikteile, die zum Teil schwer zu trennender Verbundplastik oder dreckig sind, sortiert werden. Sondern der Plastik wird bei nur 120 Grad chemisch in seine Bestandteile aufgespalten und damit wird eine Recyclingquote von sagenhaften 96% erreicht.

Schliesslich darf man auch die Bevölkerung nicht vergessen. Nicht jeder möchte ein Recyclingstudium machen, um korrekt entscheiden zu können, ob etwas an der städtischen Sammelstelle, im Laden, im Plastikrecyclingsack oder im Kehrreichtsack zu entsorgen ist.

Ein Ergebnis des Stadtzürcher Versuchs ist übrigens der Wunsch, PET-Flaschen am gleichen Ort wie den übrigen Plastik abgeben zu können. Wir sind heute schon bei der Komplexität des Gesamtrecyclings eines Haushalts wohl auf maximal möglichem Level.

Die Frage zum Umgang mit Plastikabfällen halten wir schon für wichtig. Plastikrecycling ist kostendeckend nicht möglich, was auch in der Recyclingszene niemand bestreitet. Sonst gäbe es für die Plastiksammelübungen nicht noch eine Gebühr. Es ist deshalb aus bürgerlicher Sicht zwingend, dass die zu etablierenden Prozesse wirkungsvoll, effizient und akzeptiert sind. Es ist nicht ersichtlich, wie mit der vorliegenden Motion diese Kriterien in absehbarer Zukunft auch nur ansatzweise umgesetzt werden können.

Wir sind der Ansicht, dass zum heutigen Zeitpunkt die Nutzung des Plastikabfalls in der KVA die beste verfügbare Lösung ist – und deshalb lehnen wir diese Motion ab.

**D. Altenbach (SP):** Wir sind natürlich voll dabei, die Wirtschaft in die Verantwortung zu nehmen. Aber die berühmte Wirtschaft ist sich selbst schon am Bemühen. Zum Beispiel die Enespa AG, die das besagte Thermolyse-Verfahren entwickelt hat, das genau das vom Kollegen vorhin zitierte sehr hohe Ergebnis erzielt. Diese Prozesse sind vorhanden, sie müssen nur noch umgesetzt werden. Und bis wir in Winterthur ein Sammelkonzept haben, sind sie wahrscheinlich umgesetzt und stehen zur Verfügung, so dass die Recyclingquote noch viel höher sein kann.

Und ausserdem sind erfreulicherweise die Grossverteiler auch schon dabei, Plastik zu reduzieren. Z.B. gibt es Kartoffeln in Papiersäcken zu kaufen statt in Plastiksäcken. Wir sind also dran.

Und wie gesagt: Das zertifizierte Sammelsystem vom Verein Schweizer Plastik Recycler: Nach dem können wir aktuell, Romana, mehr als 50%, bis 65% vom gesammelten Gut, in das stoffliche Recycling zurückführen, also eine Rückführungsquote von über 50%.

Sozial oder nicht: Diese Sammelsäcke – Andreas, könntest Du einmal den Sammelsack hochhalten, den Du als Anschauungsunterricht mitgenommen hast? Also dieses Volumen – in dieser Zeit hat der Haushalt von Andreas (ich kenne seinen Haushalt nicht privat, aber im Durchschnitt) ungefähr gleich viel Restmüll produziert. Wenn Migros und Coop das abnehmen müssten, würde das halbe Abfallvolumen der Stadt Winterthur im Migros und im Coop landen. Was für beide miteinander eine ziemlich grosse Herausforderung wäre.

**F. Landolt (SP):** Ich habe eine persönliche Erklärung.

Heute ist in der EU das Plastikverbot eingeführt worden. Und das ist wahrscheinlich der richtige Weg. Und mir scheint, dass die Schweiz wieder einmal im Rückstand ist.

**R. Heuberger (FDP):** Dani, ich teile Deine Ansicht: Ja, die Wirtschaft macht extrem viel. Die Wirtschaft ist auf Bundesebene daran, möglichst viel Kunststoff zu ersetzen. Ein kleines Beispiel: Das Plastikstängeli beim Glacé, das man ersetzt hat – das sind jährlich Tonnen von Kunststoff, die ersetzt worden sind. Und ja, die Firma, die Du genannt hast, ist ein Start-up-Unternehmen. Bis diese fliegen, das wissen wir alle, geht es einen Moment. Bis dann wird noch vieles passieren im Kunststoffrecycling.

Du hast die Studie zitiert, die aktuellste, «Sammelsysteme für gemischte Kunststoffe». Wenn man diese richtig liest (Dani, ich kann sie Dir nachher gerne im Einzelnen erläutern), dann sind wir unter 50%. Und wir sind unter 50% inklusive der PET-Sammlung, die bereits heute hervorragend funktioniert.

Der Sammelsack, den Du dort hast: Ihr geht von einem Grundsatzfehler aus. Ihr geht davon aus, dass man alle Kunststoffe recyceln kann. Und das ist einfach nicht so, im Moment ist das einfach wirklich nicht so. Und natürlich, die Wirtschaft macht weiter. Aber von dem Sammelsack, den Du dort hast, könntest Du der Migros – oder wem immer Du das bringen möchtest – nur ca. ein Drittel bringen. Und wenn man es auf Tonnen Sammelgut anschaut, dann kommt die Sammlung, wenn man es hochrechnet, ungefähr auf 1'000 Franken. Der Abfallsack kostet bei uns im Moment ca. 250 Franken pro Tonne.

Das sind riesige Unterschiede – und nochmals, der ökologische Effekt ist nicht da. Und um das geht es uns v.a.: Dass man diesen bei weitem nicht erreicht. Ihr argumentiert mit ökologisch, aber dort besteht es einfach nicht.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Der Sammelsack von Andreas ist ein Anschauungsbeispiel, dass ich doch nicht unkommentiert lassen kann. Ich habe einen Bericht von Greenpeace vor mir, was ja wirklich eine Organisation ist, die eher bei den Grünen auf Gehör stösst als bei den Bürgerlichen. Das ist ein Positionspapier von Greenpeace Schweiz zur Kunststoff-Separatsammlung in der Schweiz. Und ein Zitat: «Wenn eine Person in der Schweiz ein Jahr lang 70 Prozent ihres Kunststoffabfalls separat sammelt, entsteht ein ökologischer Nutzen, der

dem Verzicht auf ein Rindsentrecôte entspricht.» Jetzt kannst Du vielleicht den Sack nochmals hochhalten, lieber Andreas. Ich weiss jetzt ja nicht, welchem Prozentsatz eines Rindsentrecôtes der Sack entspricht, aber wahrscheinlich hinter der Kommastelle. Von daher denke ich, es gibt bessere Wege. Und ich sage es nochmals: Das Recycling vermeiden. Und wenn Felix Landolt sagt, es sei typisch, dass die Schweiz hinter den anderen Ländern ist beim Plastik vermeiden, dann gebe ich Dir recht, Felix. Da hättest Du mich vielleicht noch auf Deiner Seite – ob die Fraktion, das weiss ich nicht und kann es so nicht beurteilen. Mich eher schon. Aber wenn man dann sagt, beim Plastikverzicht sei die Schweiz hinterher, jetzt recyceln wir halt – auch wenn das sogar für Greenpeace nicht wirklich die Lösung sein kann – dann finde ich, das ist eine zu einfache Substituierungshandlung, die das Ziel nicht wirklich weiterbringt.

Vielen Dank für die Ablehnung.

**A. Gütermann (GLP):** Wegen Greenpeace: Es ist ja schon noch lustig – dass Greenpeace aus grundsätzlichen Überlegungen Mehrweggebinde oder gar ein Verbot von Kunststoffprodukten vorzieht, ist natürlich verständlich aus ihrer Optik. Aber im hier und jetzt ist es nicht alleine zielführend. Es braucht alle Hebel, auch das Recycling. Denn auch die beste Mehrwegverpackung kommt irgendwann an das Ende ihrer Lebensdauer und muss dann – möglichst ohne CO<sub>2</sub>-Belastung – weiterbehandelt werden. Wunschdenken à la Greenpeace alleine bringt uns leider nicht weiter. Schön allerdings, dass hier im Rat in ungewohnter Ecke so viel Support für Greenpeace herrscht.

**Stadträtin Ch. Meier:** Selbstverständlich, wenn wir die Motion überwiesen bekommen, werden wir die Gelegenheit nutzen und das gut anschauen. Wir werden die beste Lösung suchen.

Ich möchte aber trotzdem die Gelegenheit nutzen, unsere Skepsis dieser Motion gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Wir haben auch schon Gespräche geführt im Vorfeld mit den Motionären. Ich glaube, wir sind uns wirklich alle einig: Es ist zu viel Plastik im Umlauf, es ist sehr viel Plastik, den wir Tag für Tag brauchen. Das ist ein globales Problem, sowohl was die Herstellung angeht als auch was die Entsorgung angeht. Es ist zu viel Plastik. Und wir haben es gehört: In der Schweiz gibt es kein Plastikverbot. Wenn man weniger Plastik braucht, dann beruht das auf einer Freiwilligkeit. In anderen Ländern gibt es dieses Verbot.

Ich bin überzeugt davon, dass dies wirklich der Ansatz ist: Man muss die Verwendung des Kunststoffs drastisch reduzieren. Andreas Gütermann hat es gesagt: Wir haben dieses Verbot vorerst noch nicht. Auf den freiwilligen Verzicht können wir uns nicht verlassen, d.h. wir haben eben sehr viel Plastik im Umlauf. Die Frage ist wirklich, ob das Recycling die richtige Antwort auf dieses Problem ist. Denn, wir haben es jetzt einige Male gehört, nur ein relativ geringer Teil des Kunststoffs kann wirklich recycelt werden,

Es ist ein Downcycling, also hochwertiger Kunststoff, der z.B. für die Lebensmittelverpackung genutzt wurde und dann in das Recycliergranulat umgewandelt wird, das kann nachher nicht wieder für Lebensmittelverpackungen genutzt werden. Einen wirklich geschlossenen Kreislauf haben wir dadurch nicht. Der ökologische Nutzen ist in der Fachwelt sehr umstritten – ich sage jetzt nicht grundsätzlich und a priori, dass er gar nicht vorhanden ist – aber er ist zumindest sehr umstritten.

Wir hätten die Form eines Postulats auch eher geschätzt, weil uns das mehr Freiraum gegeben hätte, um wirklich eine gute, ökologisch sinnvolle Lösung zu finden und nicht am Schluss einfach eine Alibi-Lösung zu haben. Selbstverständlich nehmen wir die Aufgabe entgegen und werden das beste daraus machen. Aber wir haben eben die Rahmenbedingungen, die wir jetzt gehört haben.

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Wenn Sie die Motion überweisen möchten, bitte ich Sie, das jetzt mit Handerheben zu bezeugen. Auszählen bitte.

Wenn Sie dies Weisung ablehnen möchten, bezeugen Sie dies bitte jetzt mit Handerheben. Gibt es Enthaltungen? – Eine.

Sie haben die Motion überwiesen mit 30:27 Stimmen, mit einer Enthaltung.

## 17. Traktandum

**GGR-Nr. 2021.36: Begründung des Postulats R. Heuberger (FDP), Ch. Maier (FDP), G. Gisler (SVP), M. Wäckerlin (PP), M. Della Vedova (GLP) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Erhöhung Kosteneffizienz und Kundenorientierung von Einkauf und Logistik Winterthur (ELW)**

---

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Begründung des Postulats betreffend Erhöhung Kosteneffizienz und Kundenorientierung von Einkauf und Logistik Winterthur (ELW). In Absprache mit der Erstpostulantin hat das Wort Christian Maier (FDP) für die Begründung.

**Ch. Maier (FDP):** Kurz zur geografischen Einordnung: Einkauf und Logistik Winterthur ist ein Bereich des Departementes Schule und Sport. Unter dem Produkt «Beschaffung und Verkauf» beschafft, verkauft und liefert er Büromaterial, Material für den Werkunterricht, Reinigungsmittel, Maschinen und Geräte an die Winterthurer Verwaltung und Schulen. Die Mitarbeitenden dieses Bereichs erbringen diese Dienstleistung mit Engagement und haben ihre Leistung und das bewältigte Volumen in den letzten Jahren laufend gesteigert. Trotzdem gibt es aber innerhalb der Verwaltung kritische Stimmen zur Leistung von ELW. Im Webshop seien Auswahl und Suche nicht über alle Zweifel erhaben, die Bestellungen würden lediglich einmal pro Woche ausgeliefert, die Preise erscheinen teilweise zu hoch, die Informationen über den Bestellverlauf seien vor allem bei Problemen etwas knapp und die Kommunikation bei Sonderbestellungen und Problemen optimierungsbedürftig. Diese Aussagen sind nicht repräsentativ, da eine regelmässige Kundenbefragung fehlt. Sie sind aber keine Einzelfälle.

Was auch mich als aussenstehender KMUler stutzig macht: Wieso verkauft ELW der Verwaltung das Kopierpapier teurer, als ich das für meinen kleinen Betrieb mit seinem ziemlich genau 192 x kleineren Papierverbrauch einkaufe? Notabene bei einem Winterthurer Lieferanten und ohne grosses Verhandeln.

Diese kritischen Bemerkungen sind aber kein Vorwurf an die Adresse der ELW-Mitarbeitenden, sondern sind in den Augen der FDP einem einfachen Umstand geschuldet: Der Markt für Büromaterial ist stark umkämpft. Die privaten Anbieter investieren laufend hunderttausende von Franken in ihre Prozesse und ihre Webshops. Sie bewältigen mit ihren vielen Mitarbeitenden Volumen, die massiv höher sind als dasjenige von ELW, was zu einer viel höheren Effizienz führen muss – und zwar ökonomisch wie ökologisch. Aus diesem Grunde lassen sich andere Städte wie z. B. St. Gallen seit Jahren und mit hoher Kundenzufriedenheit durch private Büromaterialspezialisten beliefern.

Diverse Faktoren sprechen dafür, dass für Winterthur jetzt ein guter Zeitpunkt für eine Neuorganisation ist:

Der Mietvertrag der durch ELW genutzten Liegenschaft läuft 2023 aus und würde notabene gerne durch ein wachsendes Winterthurer KMU übernommen und der Leiter von ELW tritt in Kürze in den verdienten Ruhestand.

Wir sind deshalb gespannt auf den Bericht des Stadtrates, ob bzw. wie auch in Winterthur die Materialwirtschaft extern neu organisiert werden könnte.

Wichtig: Für uns steht es natürlich ausser Frage, dass die Mitarbeitenden der Schulen und der Verwaltung ihr Material selbst in der Papeterie besorgen. Sondern es ist in unseren Augen genau zu prüfen, wie die durch ELW erbrachte Dienstleistung durch eine andere Institution besser erbracht werden könnte.

Für den Stadtrat bietet sich hier eine Chance für einen konkreten Schritt, um Mittel für den Klima-Wunsch Katalog freizuspielen und gleichzeitig die Zufriedenheit der bestellenden Mitarbeitenden zu erhöhen – und das gleichzeitig in jedem Departement. Eine Win-Win-Situation in unseren Augen.

Und wenn der Stadtrat zum Schluss kommt, dass das schon richtig ist, was ich jetzt da sage, aber die eingesparten Beträge halt nicht riesig sind, so verweise ich gerne auf die Aussage von Stadtrat Jürg Altwegg an der letzten Sitzung (ich zitiere): «Es ist die grosse Zahl von kleinen Beträgen, die das Sparen ausmacht.»

Und ja: Wir tragen natürlich die Verantwortung für die ELW-Mitarbeitenden und wollen diese wahrnehmen. Wir sind davon überzeugt, dass im Rahmen der natürlichen Fluktuation durchaus Möglichkeiten innerhalb der Verwaltung bestehen oder sich Chancen bei Privaten auftun. Zusätzlich sehen wir innerhalb von ELW beim Produkt «Dienstleistungen» Bedarf für eine Verstärkung – aber dazu spreche ich dann nachher, beim nächsten Vorstoss.

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Katharina Gander begründet den Ablehnungsantrag.

**K. Gander (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL stellt den Ablehnungsantrag und ich begründe diesen kurz. Unsere Fraktion will keine Privatisierung der ELW. Der Laden läuft gut, die Wege sind klar, eingespielt und effizient. Und die ELW beschert uns nachweislich auch viele Einsparungen. Das alles sehen wir als Mehrwert.

Und ja, vielleicht kann man irgendwo irgendwas ein bisschen günstiger bestellen und dann kommt es auch noch einen Tag schneller. Aber lohnt sich das Ganze wirklich? Ein externer Anbieter will primär Geld verdienen – und soll da die Marge nicht besser bei der Stadtkasse bleiben? Weiter könnte das Büromaterial dann wegen der notwendigen Submission vielleicht aus Deutschland kommen. Und ist das wirklich das, was wir wollen? Ganz abgesehen von den Mehraufwänden für die Umstellung und dem wiederholten Suchen nach dem günstigsten Anbieter tragen wir auch die Verantwortung für die Mitarbeitenden der ELW.

Besten Dank für die Unterstützung.

**G. Gisler (SVP):** Unser Antrag ist: Die SVP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats.

Danke an Christian Maier für die ausführliche Darlegung. Dem schliessen wir uns an. Wir möchten in einer genauen Auslegeordnung erfahren, ob es bei einer Waren-Beschaffung durch einen externen Anbieter möglicherweise zu einer höheren Zufriedenheit der Kunden kommt und gleichzeitig, ob dann die Kosten für die Stadt Winterthur tiefer gehalten werden können. Die Vor- und Nachteile einer solchen Auslagerung sind also von Interesse. Zudem, wir haben es bereits gehört, der Mietvertrag der Lagerhalle des ELW an der Industriestrasse 40A läuft in naher Zukunft ab. Damit ist es zusätzlich eine gute Gelegenheit, das ganze Angebot der Produktgruppe ELW zu überdenken und allenfalls anzupassen. Besten Dank für die Überweisung.

**M. Della Vedova (GLP):** Es ist sicher mehr als 10 Jahre her, als sich eine städtische Angestellte bei einem Mittagessen bei mir beklagte, dass sie sämtliches Büromaterial intern kaufen müsse, wo sie doch das viel günstiger und rascher im Stadtzentrum kaufen könnte. Damals konnte man die Bestellung wahrscheinlich noch nicht online tätigen, sondern mit Formularen. Selbstverständlich haben im Laufe der Jahre auch bei Einkauf und Logistik Anpassungen an die heutige Zeit stattgefunden.

In den Budgetbüchern Teil B steht beim Produkt Beschaffung und Verkauf unter dem Titel Leistungen u.a.: «Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft. Durch kosten-/nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.»

Wie gesagt, sind die Verwaltungsabteilungen und auf jeden Fall die Schulen verpflichtet, bei ELW zu bestellen. Rückmeldungen seitens der Schulen waren, man sei v.a. nicht happy mit Auswahl und Preis. Zur Auswahl: Das Angebot sei sehr begrenzt. Wenn man z.B. für ein Schulprojekt ein bestimmtes farbiges Papier oder eine bestimmte Dicke brauche, so finde

man das nicht und müsse trotzdem in die Stadt. Was gut bestellbar sei, seien Produkte, die nicht unbedingt pressieren, wie z.B. Bücher für das nächste Schuljahr. Wenn es aber zeitnah sein müsse, dann gehe man halt schnell in die Papeterie. Gewisse Produkte werden sehr schnell geliefert, z.B. Masken und Desinfektionsmittel noch am gleichen Tag. Die Masken seien jedoch in der Migros günstiger als beim ELW. Seit die Maskenpflicht an den Schulen aufgehoben ist, ist der Preis deutlich gesunken.

Bemängelt wird neben der begrenzten Auswahl v.a. der Preis. Den Materialeinkauf bezahlen die Schulen aus dem Schulbudget. Und da überlege man sich 2 x, was gekauft werden könne. Und man ist natürlich preissensitiv. Deshalb könnte man ja eigentlich sagen, dass die Ziele, den Einkauf nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten durch kosten-/nutzenorientierte Beschaffung zu tätigen, vorwiegend wohl nicht erreicht werden.

Wie bereits im Postulat ausgeführt, ist der Markt in dieser Branche stark umkämpft. Für den Besteller bedeutet das attraktivere Preise und der Anbieter muss einen hohen Servicegrad bieten, um weiterhin attraktiv zu bleiben. Private Anbieter liefern ein umfangreicheres Sortiment an Produkten, mit kürzeren Lieferfristen, zu günstigeren Konditionen und über benutzerfreundliche Webshops.

Deshalb ersuchen wir den Stadtrat zu prüfen, wie es denn aussehen würde, wenn Beschaffung und Verkauf ausserhalb der Stadtverwaltung erbracht würden. Wir danken Euch für die Unterstützung des Postulats.

**D. Roth-Nater (EVP):** Im Bereich von Einkauf und Logistik hat sich in den vergangenen Jahren sehr viel verändert. Es ist eine herausfordernde, schnelle Entwicklung, in dem in erster Linie im Büro- und Schulmaterialbereich durch diverse Grossanbieter eine grosse Dynamik eingebracht wurde, indem sie sich schnell an die Bedürfnisse der Verbraucher angepasst haben. Nicht nur der Einkauf, sondern auch die Lagerhaltung unterliegt einem grossen Preisdruck. Das EWL macht viel und hat sich nach den ihm gegebenen Möglichkeiten entwickelt. Wir unterstützen deshalb die Forderung des Postulats, vertieft nach strategischen Gesichtspunkten zu evaluieren, denn so kann es möglich sein, eine exakte und auch gut organisierte Qualitätssicherheit zu erhalten und es ergibt sich auch die Möglichkeit, nach ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu beurteilen, um allfällige Veränderungsvorschläge zu begründen und besser zu gestalten. Das soll sich zugunsten der Endverbraucherinnen und Endverbraucher wie auch dem städtischen Budget auswirken.

Wir überweisen deshalb dieses Postulat.

**M. Steiner (SP):** Es ist eine neoliberale Mär, dass Auslagerungen aus der Stadtverwaltung einfach zu günstigeren Kosten führen. Alle parlamentarischen Zielvorgaben im ELW, die sich auf Wirtschaftlichkeit, Wirkung und Qualität beziehen, werden vollumfänglich eingehalten, teils massiv übertroffen. Die blosser Berichterstattung nur nach Hörensagen reicht uns nicht. Das ELW erbringt komplexe Dienstleistungen für die verschiedensten Güternutzungen und steht auch innerhalb der Verwaltung für einen starken Service public. Mit der Privatisierung lagern wir auch das Wirken und den Nutzeffekt auf die einzelnen Endnutzer aus – das verzerrt die Ressourcenbetrachtung als Spezifisches und schwächt den Dienstleistungssektor als Ganzes.

Die SP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab und unterstützt den Ablehnungsantrag der Fraktion Grüne/AL.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Wir von der Mitte/EDU-Fraktion möchten mehrheitlich das Postulat zur Erhöhung der Kosteneffizienz und Kundenorientierung der ELW unterstützen. Die Mehrheit erachtet es als grosse Chance, die Kundenzufriedenheit zu erhöhen und bestellte Waren kostengünstiger zu erhalten. Eine Anzahl von Rückmeldungen seitens Schulleitungen und Lehrpersonen ergab, dass die Wartezeit auf bestellte Waren sehr lange dauert oder die Ware sehr teuer beschafft wird. Wir wünschen uns da einen Paradigmenwechsel und erwarten vom Stadtrat, dass er mittels des Berichts zu dieser Erkenntnis Stellung bezieht. Wir möchten aber mit diesem Bericht auch in Erfahrung bringen, welche Voraussetzungen nötig sind, damit die Lieferungen von Privaten ausgeführt werden könnten. Das soll nicht eine Kritik

an den Mitarbeitenden sein. Es mag sein, dass die Rahmenbedingungen nicht erlauben, kostengünstig Waren einzukaufen und damit eine hohe Kundenzufriedenheit zu erlangen. Der Stadtrat soll mit dem Bericht die Situation und die Chancen darlegen.

Eine Minderheit der Fraktion ist skeptisch, ob es tatsächlich zu einer Kosteneffizienz führt, wenn die Aktivität der ELW künftig ausgelagert werden soll.

Wir sind auf den Bericht des Stadtrats gespannt. Wie gesagt, werden wir die Postulatsüberweisung mehrheitlich unterstützen.

**Ch. Maier (FDP):** Ich möchte noch kurz kontern bzw. ergänzen zu dem, was Markus Steiner sagte zu den parlamentarischen Zielvorgaben. Natürlich sind die erreicht, das ist so. Das sieht man, das ist so. Aber der Punkt ist: Wenn man ein bisschen tiefer gräbt, wenn man schaut, wie die parlamentarischen Zielvorgaben erreicht werden, was dort für Daten zu Grunde liegen – dann sieht die Welt in unseren Augen ein bisschen anders aus. Markus, Du kannst sehr gerne die Unterlagen studieren, die dem Protokoll der letzten zwei Sitzungen beiliegen, bei der Rechnungsabnahme. Bitte schau einmal genau, wie der Warenkorb ausgewertet wurde von den 50 umsatzstärksten Artikeln, und bilde Dir entsprechend Deine Meinung, wenn Du danach das Resultat interpretierst.

Und das zweite noch kurz zu Katharina Gander: Also gleich den Teufel an die Wand malen muss man ja nicht. Es ist nicht so, dass es innerhalb der Schweiz keine Anbieter gäbe, die nicht eine gute Dienstleistung erbringen könnten. Auch wir sind ein KMU, das sich in der Schweiz eindeckt mit Material, sogar in Winterthur selbst. Wir machen das zu absolut konkurrenzfähigen Preisen bei einem Unternehmen, das in unseren Augen super aufgestellt ist, und zwar wirtschaftlich, ökologisch und ökonomisch.

**M. Steiner (SP):** Auch noch eine ganz kurze Replik: Es ist natürlich ganz klar, dass ich das Protokoll bis zum Schluss angeschaut habe und auch die Excel-Tabelle mit den 50 umsatzstärksten Artikeln. Aber wenn eine Umlagerung und Privatisierung nur darauf basiert, dass irgendwo irgendein Anbieter irgendein Produkt billiger anbieten kann, dann ist das ein zu schlechtes Argument, um das im gesamten Kontext zu begründen.

**Ch. Maier (FDP):** Äxgüsi, dass ich die Redezeit da etwas überbeanspruche, aber ich muss da antworten. Markus, bei der Argumentation, die ich gebracht habe, da ist der Preis ein Argument, ja. Das ist aber ehrlich gesagt für mich gar nicht der absolut matchentscheidende Punkt. Aber wenn man die Zufriedenheit der Menschen steigern kann, die die Leistung erhalten, und das gleichzeitig zu tieferen Kosten machen kann, dann finde ich das absolut überzeugend.

**Stadtrat J. Altwegg:** Zuerst herzlichen Dank an Christian Maier, dass er das Engagement unserer ELW schätzt. Und ich glaube, das ist wirklich so: Die Mitarbeitenden dort geben alles, um täglich eine gute Dienstleistung anbieten zu können. So haben wir vor gut einem Jahr den Webshop überarbeitet, der war vorher tatsächlich für die Endnutzenden nicht sehr komfortabel. Da setzen wir inzwischen auf ein sehr etabliertes Produkt: Es heisst Magento und ist eine Open-Source-Lösung, die inzwischen auch von Adobe angeboten wird. Ich glaube, da sind wir inzwischen wirklich dabei, was den Komfort der Bedienung anbelangt. Wenn es da Reklamationen diesbezüglich gab, dann glaube ich, war das noch vor der Zeit des neuen Webshops.

Ich glaube, auch die Geschwindigkeit darf sich sehen lassen. Man kann sogar Express-Bestellungen machen: Heute bestellen, heute geliefert. Auch das ist möglich bei der ELW. Auch dort glaube ich, kann man wohl nicht mehr viel verbessern.

Zu den hohen Preisen: Ich mache da immer gerne mein Scherchen-Beispiel, wenn so etwas von den Lehrpersonen kommt. Wenn sie bei einem der grossen Papeterie-Lieferanten eine Aktion sehen, dass das Schülerscherchen 3.50 Franken kostet und im ELW-Shop ist dieses aber für 4.10 Franken erhältlich. Und wenn man da dann 10 Scherchen braucht, dann kostet das tatsächlich ein bisschen mehr. Aber mein Problem ist, ich muss eine Gesamtschau machen. Wenn alle Lehrpersonen das selbst bestellen und mir dann eine Spesenabrechnung

einschicken, dann kann ich alleine dafür eine 100%-Stelle schaffen, die nichts anderes macht als diese Spesenabrechnungen entsprechend zu bearbeiten. Damit sind die paar Franken, die man da allenfalls mehr ausgeben musste, bereits mehr als kompensiert.

Zur Lagerhaltung: Es sind ein paar tauschen Artikel, die ELW an Lager hat. Das sind diese Artikel, die praktisch täglich raus müssen. Und alle anderen Dinge, spezielle Sachen, welche die Schulen für ein Projekt brauchen, die müssen sie ein paar Tage vorher bestellen. Das kann man typischerweise auch, weil Projektwochen nicht von heute auf morgen erstellt werden, sondern man kann das ein bisschen früher bestellen. Und dann kann ELW alles organisieren innert nützlicher Frist.

Dann ist es so: Alle Abteilungen in der Stadt Winterthur und auch die Schulleitungen und Lehrpersonen sind verpflichtet, bei ELW zu bestellen. Das macht auch viel Sinn, denn wenn das nicht so wäre, dann könnten wir es uns gleich schenken, Personal für einen zentralen Einkauf zu haben. Es wäre auch so, wenn man einen externen Dienstleister hätte und mit dem einen Dienstleistungsvertrag macht, dann macht es auch viel Sinn, dass alles dann bei diesem bestellt werden muss, denn sonst können wir uns auch das schenken.

Dann ist vom Büromaterial die Rede. Da haben wir das Kanban-System im Superblock, eine sehr gute Sache. Und da finden wir wahrscheinlich auch einen Dienstleister, der uns das gut machen kann. Christian Maier hat aufgezählt, was ELW sonst noch macht, Markus Steiner hat gesagt, dass es komplexere Dienstleistungen sind. Das würde wahrscheinlich dazu führen, dass wir mehrere Dienstleister hätten, mit denen wir Leistungsverträge abschliessen dürfen. Was es typischerweise auch nicht sehr übersichtlich macht und schlussendlich wahrscheinlich auch nicht kostengünstiger. Katharina Gander hat das erwähnt: Allfällige externe Lieferanten oder Dienstleister wollen Geld verdienen – das ist okay, das macht auch Sinn, sonst macht man ja kein Geschäft auf. Aber die Marge, die abgeschöpft wird für eine Firma, um Geld zu verdienen, die zahlen wir zusätzlich. Und so, mit der ELW, muss ich «nur» die Lagerkosten und die Löhne des ELW finanzieren.

Man muss sich schon bewusst sein: Für so einen grossen Auftrag – da geht es um viel Geld, das bewegt wird – ist das ganz klar eine Submission nach GATT/WTO. Ja, und ich wünsche mir natürlich, dass das ein regionaler Anbieter ist, der das machen kann. Nur das Risiko, dass das ein Süddeutscher ist, der da mitbieten kann und mit den Preisen unten hineingeht, das ist nicht auszuschliessen. Und ich möchte nicht wieder ganz vielen Medien erklären müssen, wieso jetzt der Lieferant aus dem Tessin oder dem süddeutschen Raum zum Zug gekommen ist – weil er eben einfach das beste Angebot gemacht hatte.

Man muss sich einfach auch bewusst sein: Wenn das eine schlechte Dienstleistung ist und wir haben Dienstleistungsverträge, dann können wir den nicht von heute auf morgen rauschmeissen. Sondern wir müssten sagen, die Bedingungen sind nicht erfüllt, das müssen wir nachweisen, dafür gibt es Verfahren – und dann muss man wieder entsprechend die Submission machen.

Und wenn ich die letzten Submissionen anschau bei anderen Sachen, dann wage ich es stark zu bezweifeln, dass wir auch nur einen Franken sparen – im Gegenteil, ich befürchte, dass wir da viel mehr Geld ausgeben müssen, weil uns am Schluss vielleicht das Verwaltungsgericht einen Lieferanten aufs Auge drückt, den wir uns alle nicht wünschen.

In dem Sinn wäre ich froh, wenn Sie das Postulat nicht überweisen. Ich sehe aber, die Mehrheiten sind erdrückend. Wir haben das selbstverständlich auch vor einem guten Jahr selbst schon evaluiert, von daher ist es kein riesiger Aufwand, Euch den Inhalt dieses Berichts entsprechend zur Kenntnis zu bringen und mit den geforderten Daten zu erweitern. Aber ich bin sicher, Sie kommen zum gleichen Schluss wie wir auch: Dass ein Festhalten am ELW durchaus Sinn macht.

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Postulat betreffend Erhöhung Kosteneffizienz und Kundenorientierung von Einkauf und Logistik Winterthur zustimmen bzw. das überweisen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer die Überweisung ablehnen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.  
Enthaltungen?

In diesem Fall haben Sie der Überweisung zugestimmt.

## 18. Traktandum

**GGR-Nr. 2021.37: Begründung des Postulats R. Heuberger (FDP), Ch. Maier (FDP), M. Della Vedova (GLP), A. Zuraikat (die Mitte/EDU), Ch. Hartmann (SVP), M. Wäckerlin (PP) und D. Roth-Nater (EVP) betr. Weiterentwicklung Einkauf und Logistik Winterthur (ELW) zum städtischen «Kompetenzzentrum Strategischer Einkauf»**

---

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Begründung des Postulats betreffend Weiterentwicklung Einkauf und Logistik Winterthur (ELW) zum städtischen «Kompetenzzentrum Strategischer Einkauf». Auch hier hat Christian Maier das Wort zur Begründung.

**Ch. Maier (FDP):** Ich möchte da mit einem Zitat starten: «Wenn ich die letzten Ausschreibungen anschau, dann bezweifle ich, dass wir auch nur einen Franken sparen.» Es ist kein altes Zitat, es stammt von Stadtrat Jürg Altwegg vor drei Minuten.

Um was geht es genau bei diesem Postulat? Es geht um den Bereich «Dienstleistungen», wiederum bei Einkauf und Logistik Winterthur. Unter dem Produkt «Dienstleistungen» befasst sich Einkauf und Logistik Winterthur mit dem strategischen Einkauf für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen. Nach Vorgabe ihrer Kunden evaluiert sie die zu beschaffenden Artikel und Dienstleistungen und führt zu deren Beschaffung u.a. öffentliche Ausschreibungen durch.

Im Gegensatz zu den Tätigkeiten im Bereich «Beschaffung und Verkauf» sehen wir den strategischen Einkauf als eine nicht delegierbare Aufgabe der Stadtverwaltung – ganz im Gegenteil: Die saubere Ausschreibung muss geradezu eine Kernkompetenz eines Gemeinwesens der Grösse von Winterthur sein.

Dabei sind die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich bieten, um Produkte und Dienstleistungen kosten- aber auch ressourceneffizient von möglichst lokalen Anbietenden zu beschaffen. Und da bestehen durchaus Möglichkeiten, um sicherzustellen, dass diese nicht aus dem Ostblock kommen, sondern in der Nähe gesourct werden können.

Dass sich mehrere Stellen innerhalb der Verwaltung mit der Abwicklung von Ausschreibungen befassen, trotzdem aber laufend externe Ressourcen zu deren Abwicklung herbeigezogen werden müssen und Ausschreibungen wegen Formfehlern scheitern, ist ein Unding.

Zur Präzisierung: In unseren Augen ist es die Aufgabe jedes Bestellerdepartements, genau zu definieren, was für ein Produkt oder was für eine Dienstleistung es benötigt. Die Verarbeitung dieser Informationen zu einer sauberen, über alle juristischen Zweifel erhabenen und trotzdem gut verständlichen Ausschreibung, sowie deren Durchführung nach einem standardisierten Muster ist aber ein ganz anderes Handwerk, welches sich mit wachsender Erfahrung perfektionieren lässt und inhaltlich nichts mit dem Tagesgeschäft der Departemente zu tun hat.

Im Rahmen des geforderten Berichts wünschen wir uns vom Stadtrat deshalb eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema und einen cleveren, kosteneffizienten Vorschlag, wie die Kompetenz bezüglich öffentlichen Ausschreibungen gebündelt und ausgebaut werden kann. Viele Stellen aufzubauen ist dabei einfach. Mitarbeitende durch clevere Organisation, Ausrüstung und Motivation zu Höchstleistungen zu bringen, das wäre dann eine wirkliche Leistung.

Wir freuen uns da auf einen spannenden Vorschlag.

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Gibt es zu diesem Geschäft einen Ablehnungsantrag? Markus Steiner (SP).

**M. Steiner (SP):** Wir stellen da den Ablehnungsantrag. Ganz kurz unsere Begründung: Kompetenzzentrum ist natürlich auch ein toller Begriff, der bereits einmal suggeriert, dass alle Kräfte gebündelt, Ressourcen eingespart und die von den Postulanten angeprangerte Fehlerquote auf ein absolutes Minimum reduziert würde. Die Kompetenz, eine überdurchschnittliche fachliche Fähigkeit, sei so vorhanden.

Diese spricht man dem aktuellen ELW so ab. Das sieht die SP-Fraktion nicht so. Wir sehen aus der aktuellen Arbeit des ELW und der parlamentarischen Überprüfung keinen Handlungsbedarf und deshalb lehnt die SP-Fraktion auch dieses Postulat ab.

**M. Della Vedova (GLP):** Auf meine Frage an zwei städtische Angestellte, die sich im Submissionsbereich auskennen, was sie vom vorliegenden Postulat halten, kamen folgende Antworten: «In der Stadtverwaltung läuft alles dezentral, jeder kocht sein eigenes Süppchen.» oder «Eine zentrale Stelle wäre super und sinnvoll. Nur haben wir 7 Königreiche mit 5-6 Herzogtümern und da will sich niemand etwas wegnehmen lassen.»

Aber wie ist denn das mit der Beschaffung? Wer übernimmt die Beschaffung für was? So hört man, dass das Baudepartement seine eigene Beschaffungsabteilung hat. Von der IDW braucht es jeweils eine Zweitunterschrift, sobald die Submission der anderen Abteilungen IT enthält. Beim Rechtsdienst des Baupolizeiamts ist die Fachstelle Beschaffungswesen angegliedert. Auf der Website steht: «Die im Rechtsdienst geführte Fachstelle Beschaffungswesen koordiniert das Beschaffungswesen der Stadtverwaltung und berät den Stadtrat und die Amtsstellen der Stadtverwaltung in den Fragen des Submissionsrechts.» Ist jetzt das die erwähnte Abteilung vom Baudepartement?

Bei Einkauf und Logistik Winterthur steht: «Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung». Also koordiniert die Fachstelle Beschaffungswesen das Beschaffungswesen der Stadt und die ELW plant die Submissionen und führt sie durch? Oder sehe ich vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr?

Die Submissionen, die nicht freihändig vergeben werden können, benötigen die Genehmigung durch den Vorsteher des jeweiligen Departements respektive des Stadtrats. Die Fachstelle Beschaffungswesen gibt Mitberichte ab und kontrolliert die Eingaben. Die Unterlagen jedoch stellen die jeweiligen Departemente selbst her – und die sehen ziemlich verschieden aus. Zentrale Vergabestellen tragen dazu bei, die Effizienz eines Beschaffungssystems zu steigern, indem sie verstreute Bedürfnisse bündeln, zentrale Anlaufstellen sowohl für die Auftragsnehmer wie auch für die Behörden schaffen und Wissenszentren entwickeln. Ein kompetentes Zentrum würde gewährleisten, dass die Unterlagen konform sind, eine einheitliche elektronische Erfassung würde zu mehr Effizienz führen. Wenn zudem das Vergaberegister zentral geführt werden würde, hätte man mehr Übersicht und Kontrolle. Es sprechen viele Gründe für ein Kompetenzzentrum im Beschaffungswesen. Fangen wir damit an, dass der Stadtrat uns das in einem Bericht aufzeigt: Wer wo welche Kompetenzen hat und wo Synergien bestehen.

Wir danken Euch für die Unterstützung des Postulats.

**A. Zuraikat (Die Mitte/EDU):** Wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützen das Postulat zur Weiterentwicklung der ELW zum städtischen Kompetenzzentrum für strategischen Einkauf. Besonders in den vergangenen zwei Jahren ist uns aufgefallen, dass einige Ausschreibungen zu Rekursen geführt haben, die auf formelle Fehler zurückzuführen waren. Anstatt dass jedes Departement diese Kompetenz aufweist, erachten wir es als sinnvoll und effizient, wenn die Ausschreibungen künftig von einer zentralen Stelle als Kompetenzzentrum durchgeführt werden.

Wir sind auf den Bericht des Stadtrats gespannt und hoffen, dass er diese Chance ebenso sieht, die ELW weiterzuentwickeln.

**Ch. Hartmann (SVP):** Die strategische Beschaffung, die sich zurzeit um Ausschreibungen von Aufträgen kümmert, leistet gute Arbeit, ist aber personell unterdotiert und eine Stellvertretung ist nicht sichergestellt. Die Zusammenführung von zahlreichen, sich teilweise mit Ein-

kaufsvorgängen befassenden Stellen kann zu einem effizienten und schlagkräftigen Kompetenzzentrum führen. Die Umsetzung des vorher überwiesenen Postulats ist ein Beispiel für den Nutzen eines solchen Kompetenzzentrums.

Strategischer Einkauf ist ein anspruchsvoller Beruf und nichts, das man nebenbei erledigen kann. Es geht darum, für die Stadt Winterthur eine gute Leistung zu einem fairen Preis zu beschaffen. Wir sind der Ansicht, dass man das untersuchen soll und dass man feststellen soll, was für ein Potenzial in der Bildung eines Kompetenzzentrums liegt.

Dass sich die SP und die Grünen schon fast mit Händen und Füssen gegen den Vorschlag engagieren, lässt vermuten, dass da einiges Potenzial besteht.

**D. Roth-Nater (EVP):** Das Beschaffungswesen der Stadt Winterthur stand im vergangenen Jahr immer wieder in der Kritik. Sei das jetzt zu Unrecht oder allenfalls auch begründet. Es ist eine sehr komplexe und vielschichtige Angelegenheit und ist daher auf das Wissen von Spezialist/-innen angewiesen. Es geht da um die ganzen Submissionen, und die sind sehr komplex. Es ist unmöglich, dass jede Abteilung ihre eigenen Ausschreibungen vornehmen kann. Es soll strategisch eingekauft werden, und dem müssen und wollen wir Rechnung tragen. Die verschiedenen Abteilungen müssen definieren können, was sie brauchen und welche Kriterien welches Gewicht haben sollen. Doch die Ausschreibungen müssen dann von den entsprechend qualifizierten Personen, die sich im täglichen Geschäft mit dem Submissionswesen auseinandersetzen und vertiefte Kenntnisse haben, vorgenommen werden.

Wichtig in dieser Hinsicht scheint uns auch, dass die ökonomischen, ökologischen und auch sozialen Gesichtspunkte beachtet werden.

Und bezüglich CO<sub>2</sub>-Fussabdruck weiss ich, dass die Bearbeitung der Massnahmen bezüglich Umwelt- und Klimaauswirkungen bei städtischer Beschaffung und Reduzierung überarbeitet werden und im Herbst das Resultat vorliegt. Selbstverständlich wird innerhalb der Gesetze und mit Transparenz höchst professionell und möglichst koordiniert gearbeitet. Zu beachten sind die Energie- und Klimaziele, die sich die Stadt gegeben hat. Und damit wir schneller als 2040 unser Netto-Null-Ziel erreichen können, glaube ich, können wir uns darauf freuen, was aus der Bearbeitung der Massnahmen herauskommt.

**K. Gander (Grüne/AL):** Die Idee, die dieses Postulat verfolgt, ist nicht neu und es gibt klar Argumente dafür und dagegen. Natürlich finden wir als Fraktion Grüne/AL es auch zielführend, wenn man Synergien bildet und die Effizienz dadurch gesteigert werden kann. Standardisierte Verfahren und auch entsprechendes Fachpersonal helfen, bessere Resultate zu erzielen.

Aber wir fragen uns auch, ob spezifische Eigenheiten, Erfahrungen und auch die Kontakte und Prozesse, die eingespielt sind, noch genügend einfließen können. Auch der Informationsfluss – wird der nicht schwerfälliger, umständlicher und auch fehleranfälliger?

Wir folgen dem Ablehnungsantrag, den die SP gestellt hat.

**Ch. Maier (FDP):** Ich finde es spannend, was Markus Steiner vorhin gesagt hat: Dass er der ELW die Kompetenz zuspricht, dass sie einen guten Job machen – und trotzdem sagt er, er möchte das nicht ausbauen. Das finde ich eine lustige Haltung. Mich dünkt es, diese Entscheidung wird aus Reflex gefällt: Grundsätzlich, wenn wir etwas vorschlagen, dann seid Ihr dagegen. Und das dünkt mich irgendwie ein bisschen zu wenig kreativ, um wirklich zusammen vorwärtszukommen.

**Stadtrat J. Altwegg:** Ja, das Postulat mit dem Titel «Kompetenzzentrum strategische Beschaffung durch ELW» - grundsätzlich tragen Sie da Wasser in die Eulach bei mir. Ich nehme es auch gerne entgegen, denn der Gesamtstadtrat ist auch der Meinung, ein zentraler Einkauf kann bares Geld sparen. Das weiss jeder, der schon in einer grösseren Firma gearbeitet hat, wo es einen zentralen Einkauf gibt. Die können wirklich etwas herausholen.

Ich muss aber die Hoffnung, was die ganzen Rekursgeschichten anbelangt, ein bisschen dämpfen. Natürlich, wenn wir mehr Leute haben, die sich um das kümmern können, sinkt die Fehlerrate, sie wird aber nicht auf Null kommen. Gerade bei den letzten paar Vergaben, wo

wir solche ärgerliche Fehler drin hatten, hatten wir externe Spezialisten dabei. Die machen den ganzen Tag nichts anderes als Submissionen und trotzdem waren Fehler drin. Was übrigens noch viel mehr vorkommt, ist, dass die Eingaben entsprechend Fehler haben. So passiert bei der Vergabe Holzmodulbauten, wo unser eigentlicher Favorit, mit dem wir wirklich sehr gerne zusammengearbeitet hätten, vergessen hatte, etwas einzureichen. Und dann sagte das Verwaltungsgericht, dass das fehlt und man ihn deswegen ausschliessen muss. Sehr zum Ärger der Stadtkasse notabene, denn der Zweitplatzierte war deutlich teurer als derjenige, den wir gerne gehabt hätten. Solche Sachen kann auch ein mit zusätzlichen Kompetenzen ausgerüstetes ELW nicht ausschliessen. Und was ich da auch noch sagen möchte: Wenn jetzt die Verschiebung Richtung eines solchen Kompetenzzentrums für Submissionen gehen würde, dann bräuchte dieses dann neue und v.a. auch andere Angestellten als heute. Und das ist mir noch wichtig, dass Sie sich dessen bewusst sind: Es ist ein anderes Profil, das erfüllt werden muss. Und da braucht es andere und wahrscheinlich auch mehr Leute.

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Besten Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wenn Sie das Postulat an den Stadtrat überwiesen möchten, bitte ich Sie, das jetzt mit Hand erheben bezeugen. Wer die Überweisung ablehnen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Enthaltungen? Sie haben der Überweisung mit klarem Mehr zugestimmt.

## 19. Traktandum

**GGR-Nr. 2021.39: Begründung der Parlamentarischen Initiative U. Glättli (GLP), B. Helbling-Wehrli (SP), M. Bänninger (EVP), Ch. Griesser (Grüne) und R. Hugentobler (AL) betr. Zugangsschranke öffnen - Diversität und Teilhabe ermöglichen**

---

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Begründung der Parlamentarischen Initiative betreffend Zugangsschranke öffnen - Diversität und Teilhabe ermöglichen. Das Wort hat der Ersteinreichende, Urs Glättli (GLP).

**U. Glättli (GLP):** Als Erstinitiant begründe ich die politisch breit abgestützte Parlamentarische Initiative.

Das geltende Personalstatut enthält in Art. 11 folgende Zugangsschranke für städtische Anstellungen: «Das Schweizerbürgerrecht ist in der Regel erforderlich zur Besetzung von Stellen, mit denen hoheitliche Befugnisse ausgeübt werden.» Es ist eine von zwei grundsätzlichen Voraussetzungen für städtische Anstellungen. Die andere Voraussetzung ist die fachliche und persönliche Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers. Die Parlamentarische Initiative will die fachliche und persönliche Eignung als einzige Voraussetzung für Anstellungen im öffentlichen Dienst ins Zentrum stellen und nicht den Schweizer Pass. Was denn sonst als die fachliche und persönliche Eignung soll entscheidend sein für solche Anstellungen? Eben, nichts anderes: Die bestehende Zugangsschranke von Art. 11 Abs. 2 Personalstatut ist konsequenterweise ersatzlos zu streichen.

Gemäss der zu begrüssenden, progressiven Grundhaltung des Stadtrats zur Frage der Diversität des Personals im öffentlichen Dienst und der Teilhabe der ausländischen Bevölkerung zur Förderung der Integration ist nicht einzusehen, wieso im Personalstatut an einer solchen grundsätzlichen Zugangsschranke festgehalten werden soll. Wenn der kantonale Gesetzgeber inskünftig für Angestellte im Zürcher Polizeiwesen generell eine solche Zugangsschranke verankern und den bestehenden Spielraum auf kommunaler Ebene sachspezifisch beschneiden will, hindert das die städtische Politik hier in Winterthur in ihrem Autonomiebereich nicht,

wenigstens in Winterthur ein zeitgemässes und progressives politisches Zeichen zu setzen. Mindestens potenziell geht es im Personalstatut von Winterthur nämlich nicht nur um Anstellungen bei der Stadtpolizei, sondern um Anstellungen in allen städtischen Bereichen, wo hoheitliche Befugnisse ausgeübt werden.

Da es sich bei der Umschreibung «Ausübung hoheitlicher Befugnisse» um einen eher schwammigen und ausdehnbaren Begriff handelt, erscheint die Verwendung in einer generellen Zugangsschranke per se als umso problematischer. Sie sollte deshalb so schnell wie möglich aufgehoben werden.

Es ist den Initianten sehr wohl bewusst, dass bestehende und allenfalls verschärfte Zugangsschranken des übergeordneten kantonalen Rechts vorgehen oder vorgehen werden. Das soll uns jedoch nicht hindern, Schritt für Schritt eine notwendige, progressive Öffnung herbeizuführen.

Wir begrüssen die progressive Haltung, die der Stadtrat in seiner seit Sommer 2021 neuen Zusammensetzung bei der Beantwortung des Postulats Zugangsschranken durchblicken lässt. Wir verstehen durchaus, dass es nun noch diese Parlamentarische Initiative braucht, um das Heft in die Hand zu nehmen und Nägel mit Köpfen zu machen, um das Personalstatut bestimmt zu ändern.

Wir freuen uns heute Abend auf die vorläufige Unterstützung dieser Parlamentarischen Initiative. Herzlichen Dank.

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Hier noch einen kurzen Hinweis: Sollte das Geschäft vorläufig unterstützt werden, würde es der AK zugewiesen werden. Das ist ja eine Spezialität bei der Parlamentarischen Initiative. Das ist auch mit dem AK-Präsidenten so abgesprochen. Mir liegt ein Ablehnungsantrag der Mitte/EDU-Fraktion vor. Andreas Geering bitte.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Einmal mehr liegt es an mir, einen Ablehnungsantrag zu einem Symbolpolitik-Vorstoss zu stellen heute Abend.

Zu diesem Thema liegt ja ein Bericht des Stadtrats zum Postulat 2020.021 vom 21. April 2021 vor. Was für schöne Zahlen! Das einzige Schöne in diesem Zusammenhang: Dieser Bericht liegt vor. Diesen Bericht haben wir in diesem Rat noch nicht behandelt. Das kann man machen, nachschieben, auch wenn der Bericht noch pendent ist. Ich meine aber und hätte das von den Initianten so erwartet, dass man der Ratsleitung beliebt gemacht hätte, dass der Bericht gleichzeitig mit dem neuen Vorstoss behandelt wird. So müssen wir nämlich in ein paar Monaten den Postulatsbericht behandeln und irgendwann später wieder die Parlamentarische Initiative. Man kann auch so ein Thema bewirtschaften, indem man es immer wieder auf die Traktandenliste bringt – aber nicht wirklich etwas bewegt.

Wenn man es aber gemeinsam hätte bringen können, wenn da jemand von den Initianten daran gedacht hätte, hätte man mindestens das Postulat abschreiben können.

Ich gehe zumindest davon aus, und der Erstredner hat das auch schon gemacht, dass heute die meisten der Stimmen auch auf den Postulatsbericht Bezug nehmen werden. Es ist offensichtlich, dass die Einreichenden mit dem Bericht nicht zufrieden sind und nun nachlegen. Urs Glättli hat das auch schon gesagt. Und wie gesagt: Man hätte die Ratszeit effizienter nutzen können, wenn man es zusammen gemacht hätte.

Jetzt aber zum Inhalt. Wie ich schon bei der Überweisung des genannten Postulats sagte, ist die Mitte/EDU-Fraktion der Meinung, dass das Schweizer Bürgerrecht haben muss, wer hoheitliche Aufgaben erfüllt. Und wir wissen ja alle, dass es bei dieser Formulierung um die Stadtpolizei geht in dieser Parlamentarischen Initiative. Es geht da insbesondere um die Ausübung des Gewaltmonopols. Und wenn das Schweizer Staatsbürger sind, dann sind wir der Meinung, dass das nicht nur die Akzeptanz in der Bevölkerung stärkt, sondern wir wissen auch, dass der Kantonsrat das gleich sieht. Und der Erstredner hat wahrscheinlich an der entsprechenden Debatte teilgenommen und ist dort unterlegen, als der Kantonsrat das festgelegt hat.

Entsprechend bringt eine Änderung unseres Personalstatuts nur Kosten, ändert aber nichts an den Arbeitsmöglichkeiten von Personen mit Niederlassungsbewilligung C in der Stadtpolizei. Das Resultat einer Annahme dieser Parlamentarischen Initiative kann ich – auch ohne

wahrsagerische Fähigkeiten – vorwegnehmen: «Ausser Spesen nichts gewesen». Ihr verursacht hier Kosten, Ihr braucht Zeit von der Kommission und des Rats - Kosten ohne Mehrwert. Aber eben halt mit Symbolhaftigkeit, wie es der Erstredner sagte in der Begründung. Einmal mehr heute muss ich gegen Symbolpolitik von linker Seite sprechen, einmal mehr wird es wahrscheinlich nichts fruchten. Trotzdem vielen Dank für die Ablehnung dieser Parlamentarischen Initiative.

**B. Helbling (SP):** Die Parlamentarische Initiative ist der logische Nachvollzug unserer Forderungen im Postulat «Zugangsschranken abbauen, Integration ermöglichen». Wie ich es bei der Überweisung des Postulats schon ausgeführt habe, bin ich überzeugt, dass die Qualifikation für den Beruf von einer Polizistin oder einem Polizisten nichts mit der Nationalität zu tun hat, sondern mit der physischen und psychischen Belastbarkeit und der charakterlichen Eignung. Was in Basel-Stadt schon lange möglich ist, soll in Winterthur auch möglich sein. Wie es der Stadtrat in der Beantwortung des Postulats schreibt, steht es uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten frei, eine Änderung von Art. 11 Abs. 2 Personalstatut zu verlangen, also die bestehende Zugangsschranke seitens Personalstatut aufzuheben. So hoffen wir, dass diese Parlamentarische Initiative zur Aufhebung von Art. 11 Abs. 2 mit grosser Unterstützung überwiesen wird und so eine der Grundlagen für unser Anliegen wenigstens in der Stadt Winterthur ermöglicht wird. Z.B. für die Zulassung zum Polizei-Beruf mit Niederlassungsbewilligung C.

**M. Bänniger (EVP):** Wir von der EVP-Fraktion begrüssen die Streichung vom Abs. 2 im Art. 11 im städtischen Personalstatut und sprechen uns für die Öffnung von Stellen für Personen aus, die noch keinen Schweizer Pass haben.

Wir sind uns bewusst, dass auf übergeordneten Ebenen, wie schon gesagt wurde, parlamentarische Vorstösse unterwegs sind, die andere Prioritäten setzen und gewisse Berufszweige protektionistisch schützen wollen. Auch wenn diese Parlamentarier uns von der Parteizugehörigkeit sehr nahestehen, setzen wir uns als EVP Winterthur doch nach wie vor für eine Öffnung ein.

Wir erachten sie als eine Chance und Bereicherung. Es geht uns nicht um Symbolpolitik, geschätzter Andreas.

Wir sind der Meinung, in unserer globalen Welt sollen Fähigkeiten und Können vor der Nationalität stehen.

Gerade in der Schweiz setzen wir, um unseren Wohlstand und unsere Gesundheit zu sichern, in verschiedensten Bereichen wie z.B. der Medizin, der Pharma- oder IT-Industrie, im Finanzplatz Schweiz oder an der Spitze von anderen Grosskonzernen nur auf die fachtechnisch Besten von den Besten - dies ganz unabhängig davon, welchen Pass sie besitzen.

Wir finden es fraglich, wenn wir selektiv bei gewissen Berufsfeldern so sehr auf das Couleur des Passes setzten. Wir wollen kompetente Personen, die bereit sind, das beste im Job zu geben und sich für die übertragenen Aufgaben einsetzen. Das kann mit Schweizer Pass sein – das geht aber auch gut ohne. Das kann man gut so machen.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Ich kann es kurz machen: Die Fraktion Grüne/AL hat entsprechende Vorstösse, die in diese Richtung gingen, immer konsequent mitunterstützt bzw. auch selbst eingebracht. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das keine Voraussetzung sein muss und bleiben bei dieser Haltung konsequent.

**R. Hugentobler (Grüne/AL):** Meine Vorredner/-innen haben eigentlich schon alles gesagt. Ich kann da nur noch sagen: Nationalistisches Denken bringt uns da sicher nicht weiter. Wichtig ist, was man kann, und nicht, woher man kommt.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion beantragt dem Rat, diese Parlamentarische Initiative nicht vorläufig zu unterstützen.

Nach unserer Auffassung darf sehr wohl das Schweizer Bürgerrecht vorausgesetzt werden, wenn es um die Wahrnehmung von hoheitlichen Befugnissen geht. Dazu zählt namentlich

notfalls insbesondere auch die Anwendung von Gewalt, wenn man an den Einsatz der Stadtpolizei denkt. Mit dem Schweizer Bürgerrecht ist sichergestellt, dass all diese Personen die hiesigen Verhältnisse kennen, namentlich auch Mentalität und Sprache, und mit unserem Rechtssystem vertraut sind. Wer hoheitlich für ein Staatswesen handelt, sollte auch diesem Staatswesen angehören. Und wer als Ausländer oder Ausländerin die Anforderungen an die Vertrautheit mit den Usanzen bei uns erfüllt, hat ja die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen. Selbst wenn es jetzt im Initiativtext relativiert wird, so geht es doch im Wesentlichen um die Stadtpolizei. Und da muss man aber auch die kantonale Ausgangslage kennen, und diese kennt der Erstunterzeichner Urs Glättli als Kantonsrat ja besonders gut. Der Kantonsrat hat am 31. Mai 2021 eine genau «umgekehrte» Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt (Nr. 390/2020). Gefordert wird nämlich, dass die Angehörigen der Polizei von allen Korps im Kanton über das Schweizer Bürgerrecht verfügen müssen. Die vorläufige Unterstützung erfolgte nicht bloss mit einem Minderheitsquorum, das bei einer Parlamentarischen Initiative ja bereits reichen würde. Im Gegenteil, 91 Mitglieder haben das Anliegen unterstützt, also die absolute Mehrheit der Mitglieder des Kantonsrats. Es ist somit wahrscheinlich davon auszugehen, dass die Forderung nach dem Schweizer Bürgerrecht letztlich eine Mehrheit im Kantonsrat finden wird und demzufolge das Hauptanliegen der Parlamentarischen Initiative bei uns nicht realisiert werden kann.

Im Übrigen wäre noch genau zu eruieren, welche Funktionen in der Stadt Winterthur eigentliche hoheitliche Befugnisse ausüben. Das dürften nicht allzu viele sein, wenn es überhaupt noch solche gibt. Aus den eingangs erwähnten Gründen darf aber auch in diesen Fällen sehr wohl das Schweizer Bürgerrecht vorausgesetzt werden.

Interessant ist es noch, wie der Stadtrat sich bislang zum Thema stellte. Vor sieben Jahren – fast genau auf den Tag, am 30. Juni 2014 – hat sich der Gemeinderat mit der Interpellation 2012.118 betreffend «Mehr Diversität bei der Rekrutierung der Stadtpolizei» befasst. Der Stadtrat hielt in der damaligen Zusammensetzung am Erfordernis des Schweizer Bürgerrechts fest. Im aktuellen Postulatsbericht ist jetzt die Haltung abwartend. Und wie es momentan ist, wissen wir auch noch nicht genau. Vielleicht ist es jetzt anders, zumal die damalige Erstinterpellantin dieser Interpellation vom Jahr 2012 jetzt Polizeivorsteherin ist.

Als AK-Präsident kann ich nur sagen: Wenn die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt wird, würde ich das natürlich an die Hand nehmen und entsprechend den Regeln der Geschäftsordnung angehen.

**M. Reinhard (SVP):** Die SVP-Fraktion wird diese Parlamentarische Initiative nicht unterstützen und ich erläutere Ihnen wieso. Wir haben uns bereits letzten Sommer mit einem Postulat mit fast gleichem Titel und fast gleichem eigentlichen Ziel auseinandergesetzt. Jetzt kommt also eine Parlamentarische Initiative der SP, Grünen, GLP und EVP. Diese vier Parteien wollen auf Biegen und Brechen durchdrücken, dass bei unserer Polizei – die eine der wichtigsten hoheitlichen Aufgaben in unserem Staat darstellt – auch Personen ohne Schweizer Pass als vereidigte Polizisten tätig sein können. Es ist ganz speziell zu hoffen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von Winterthur speziell die Haltung der GLP und der EVP in dieser Sache merken, da sich diese damit 1:1 gegen die Schweizerinnen und Schweizer sowie eine akzeptierte, verankerte und respektierte Polizei stellen.

Die Initianten unterliegen nämlich der irrigen Annahme, dass das Schweizer Bürgerrecht als Voraussetzung für die Wahrnehmung von Aufgaben mit hoheitlichen Befugnissen eine Zugangsschranke darstellt. Dem ist überhaupt nicht so. Die Voraussetzung ist neben den fachlichen und persönlichen Eignungen schlicht Garant dafür, dass unsere Polizei in der Bevölkerung akzeptiert und verankert ist und ihr Respekt und Vertrauen entgegengebracht wird.

Was passiert, wenn Respekt und Vertrauen fehlen, oder noch mehr der Grundanstand und der Respekt vor dem Leben fehlen, das musste unsere Polizei erst gerade wieder Mitte Juni im Rieterareal am eigenen Leib erleben, als sie direkt und in böswilligster Absicht mit Feuerwerkskörpern beschossen wurde. Ich denke, es dürfte Ihnen bekannt sein, dass dies kaum die Klientel meiner Partei gewesen ist, welche dort in einem derart menschenverachtenden Kontext vorgegangen ist. Aber es passt natürlich, dass die Initianten die Polizei und die Verankerung der Polizei in der Bevölkerung schwächen wollen.

Für gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer bestehen in unserem Land und auch in unserer Stadt kaum Zugangsschranken und schon gar nicht staatliche. Und dort, wo sie bestehen, eben wie in diesem Beruf, in dem hoheitliche Befugnisse auszuüben sind, bestehen sie zu Recht und sind eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Ausführung der Arbeit. Über die kantonalen Regelungen und die aktuelle Situation im Kanton haben diverse Vorredner schon gesprochen, das erspare ich Euch. Aber ich muss doch noch kurz 2-3 Worte verlieren zu den Grundlagen, weshalb Polizisten Schweizerinnen und Schweizer sein müssen. In besonderem Masse geht es da auch um die Kernaufgabe, die unter bestimmten Voraussetzungen unmittelbaren Zwang bedeutet und der Staat gegenüber seinen Bürgern Zwangsmassnahmen anwendet. Polizisten müssen also oftmals in heiklen Situationen und Konflikten tätig werden. Das Einschreiten bei häuslicher Gewalt, der Einsatz beim unfriedlichen Ordnungsdienst oder Festnahmen von Personen etc. Die Anforderungen an unsere Polizistinnen und Polizisten sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen, dies auch durch den Wandel in unserer Gesellschaft, die wachsende Gewaltbereitschaft gegenüber allen Einsatzkräften und auch ganz grundlegende tiefgreifende Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld. Damit haben die Polizistinnen und Polizisten sehr anspruchsvolle und auch belastende Aufgaben und damit sie diesen gewachsen sind, durchlaufen die Aspiranten eine strenge Selektion und werden sorgfältig ausgebildet. Aber es ist einfach unerlässlich, dass die Polizeiangehörigen mit den hiesigen Verhältnissen, unserer Rechtsordnung und der Mentalität unserer Bevölkerung bestens vertraut sind, die lokale Sprache beherrschen und sich auch persönlich zu unserer Art zu leben, unserem Rechtssystem bekennen. Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C, die diesen strengen Anforderungen genügen, sind gut integriert und bringen damit auch die Voraussetzungen für eine Einbürgerung mit. Wenn sie als Polizistin oder Polizist arbeiten oder eine andere ähnliche berufliche Tätigkeit ausüben wollen, dann können sie das als Bürger dieses Landes machen. Es ist wirklich nicht einzusehen, weshalb sie sich dann nicht um unser Bürgerrecht bewerben sollen.

Der Vorstoss widerspricht einmal mehr dem Prinzip, dass die Einbürgerung am Ende von erfolgreichen Integrationsbemühungen steht und erst dann der Zugang zu politischer Mitbestimmung, Ämtern oder eben hoheitlichen Funktionen ermöglicht wird. Ich bitte Sie wirklich, sich das wieder einmal vor Augen zu halten. Wer das Gesetz hütet und durchsetzen muss, soll auch als Bürger voll berechtigt und hinsichtlich der Integration ein Vorbild für andere sein. Wer das Recht unseres Landes umsetzen will, der soll diesem Land auch als Bürger angehören.

Die Initianten behaupten, dass die Umschreibung «Ausübung hoheitlicher Tätigkeiten» ziemlich schwammig und ausdehnbar sei. Der Blick in verschiedene Bundesgerichtsurteile und juristische Publikationen hätte da genügt, um Klarheit zu schaffen. Ich zitiere wirklich nur das Allerwichtigste: «Bei den hoheitlichen Aufgaben werden Befehl und Zwang als Mittel der Aufgabenerfüllung eingesetzt. Die besondere Rechtsmacht des Staates kommt zum Zug, um verbindliche und durchsetzbare Anordnungen zu treffen, was namentlich dann der Fall ist, wenn der Staat Verfügungsbefugnis hat. Bei der Hoheitsverwaltung hat der Staat die Möglichkeit, in die Rechte der Bürger einzugreifen.» (Proeller 2002, 30ff). Oder lassen Sie es mich noch kürzer ausdrücken, dafür deutlicher: «Demnach meint hoheitliches Handeln einseitiges und verbindliches Handeln staatlicher Aufgabenträger gegenüber Privaten, die sich dabei in Subordination zum Staat befinden.» Nachzulesen in Allgemeines Verwaltungsrecht, Tschannen/Zimmerli/Müller.

Hoheitliches Handeln bedeutet folglich also Ausübung staatlichen Zwangs, unabhängig vom Willen oder sogar gegen den Willen betroffener Personen. Und genau diese Aufgaben, im Extremfall sogar gegen den Willen des Bürgers oder eben unter Zwang, eine Aufgabe des Staates durchzusetzen, gehören in die Hände von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und sonst in gar keine Hände. Und wenn Sie das ändern, dann nehmen Sie damit ganz bewusst in Kauf, dass das Ansehen und die Akzeptanz dieser Funktionen, ganz im Speziellen unserer Polizei, in der Bevölkerung sinkt und der Respekt weiter verloren geht. Wohin das führt, dürfte hinlänglich bekannt sein.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Parlamentarische Initiative nicht zu unterstützen. Danke.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Die Diskussion, wie sie jetzt läuft, läuft ja nicht nur in Winterthur so. Es gibt auch andere Städte, die diese Diskussionen haben. Der Winterthurer Stadtrat ist grundsätzlich für Diversität, für Teilhabe. Da geht es einfach noch einen Schritt weiter. Es wurde gesagt, es geht um die Polizei, es geht darum, ob Ausländerinnen und Ausländer hoheitliche Befugnisse ausüben können. Und da stellen sich dann schon einige Fragezeichen zu diesem Thema.

Wenn man nach Zürich schaut, dann hat die Stadt Zürich im Mai einen Entscheid gefällt, bei dem sie das Abwägen zwischen den Grundsätzen und den Fragezeichen, die da sind, meines Erachtens noch clever gelöst haben. Sie haben nämlich gesagt, doch, Ausländerinnen und Ausländer sollen durchaus bei der Stadtpolizei möglich sein – aber man hat ihnen eine Bedingung gesetzt und sagt, die Anmeldung für die Polizeischule kann man machen, aber dann muss man sich innerhalb der zwei Jahre, in denen die Ausbildung stattfindet, einbürgern lassen. Man hat also diesen Fragezeichen durchaus Raum gelassen. Und ich denke, das könnte ein Weg sein, wenn man diesen Weg beschreiten möchte.

Bei uns können Sie davon ausgehen, dass der Winterthurer Stadtrat diesen Vorstoss unterstützt. Er ist sich aber selbst bewusst, dass es diese Fragezeichen gibt. Und Felix Helg hat es gesagt: Je nachdem, was der Kanton macht, haben wir gar keine Kompetenzen mehr, da etwas zu ändern.

**Ratspräsidentin M. Sorgo:** Vielen Dank. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Um eine Parlamentarische Initiative vorläufig zu unterstützen, braucht es 20 Stimmen. Das als Hinweis.

Wenn Sie diese Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen möchte, bitte ich Sie, das jetzt mit Handerheben zu bezeugen.

Das sind deutlich mehr als 20 Stimmen.

Wer die Parlamentarische Initiative ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Sie haben die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt und sie geht jetzt wie gesagt an die AK zur weiteren Behandlung.

Ich schaue auf die Uhr. Angesichts der Zeit, die wir für die Behandlung eines Vorstosses benötigen, möchte ich die Sitzung jetzt beenden.

Ich möchte Euch noch darauf hinweisen: Das anschliessende Fest um 19 Uhr findet statt im Lokal an der Zürcherstrasse 41, das ist vis-à-vis von Digitec. Der Eingang ist hinter der Lok, die Ihr dort seht, auf der Seite der Zürcherstrasse. Ich freue mich, Euch um 19 Uhr wiederzusehen.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)